



Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Schärfster Konflikt Bayern-Reich

Ministerpräsident Held gegen Papen und Gayl

Eigener Bericht des „Vorwärts“

München, 2. November.

Nach seiner Rückkehr aus Stuttgart hat Ministerpräsident Dr. Held am Mittwoch die Presse zu sich gebeten, um die Öffentlichkeit über die sachlichen Zusammenhänge des Konflikts zwischen der Papen-Regierung und Bayern aufzuklären. Seine zum Teil sehr scharf formulierten Ausführungen ließen die Tiefe der Gegensätze erkennen, die für den Augenblick unüberbrückbar erscheinen.

*

Zunächst verwahrte sich Dr. Held gegen die Darstellung der Papen-Presse, daß Bayern mit feinem Widerspruch gegen die jetzigen Maßnahmen die Reichs- und Verfassungsreform überhaupt sabotieren wolle. Bayern bekämpfe nur eine solche Reform, die außerhalb des Rechts mit Gewalt durchgeführt werden solle.

Die Reichsregierung müsse zunächst den Versuch machen, die Reform mit den dazu berufenen Organen, dem Reichstag und dem Reichsrat, in die Wege zu leiten.

Auch vom bayerischen Standpunkt aus lasse sich durchaus eine Lösung des Dualismus zwischen Reich und Preußen denken. Allerdings müßte

dabei die Grundforderung berücksichtigt werden, daß bei einer Verreichlichung Preußens oder bei einer Verpreußung des Reiches die anderen deutschen Länder aus ihrer durch die Verfassung garantierten Position nicht verdrängt und schließlich in ihrer Eigenstaatlichkeit abgesetzt werden. Mit aller Entschiedenheit müsse man sich gegen die Behauptung wehren, daß das, was jetzt geschehen sei, nur ein Provisorium darstelle. In Wirklichkeit sei es das Kernstück der Reichsreform. Denn man wolle die Zentralgewalt im Reich als die einzige Staatsgewalt im ganzen Reich installieren und außerdem die Gemeinden reichsunmittelbar machen. Das beweise ganz eindeutig die Berufung des Herrn Popitz. Das sei eine Reichsreform ganz zentralistischer Art und laufe auf eine Totmachung des Länderwillens hinaus, gemacht von einem ganz kleinen Kreis von Leuten, deren Hintermänner man nicht einmal lenne.

Bayern werde sich in diesem Stadium des Konflikts unter keinen Umständen ausshalten lassen. Ihm als bayerischen Ministerpräsidenten das Reden verbieten zu wollen, scheine ihm ein Blick aus dem Osten, die russische Krute zu sein.

Die automatische Folge dieser neuen Reichskonstruktion würde sein, daß alle Länder in eine

viel schwächere Position hineingedrängt werden und nicht mehr in der Lage wären, in den für sie unmittelbar lebenswichtigen Fragen mitzureden und mitzuentcheiden. Aus diesem Grunde lehne die bayerische Regierung jede Reichsreform mit dem Mittel des Staatsstreiks ab und bleibe unbedingt auf dem Standpunkt der Legalität und des Rechtes.

Mit größter Entrüstung geißelte Dr. Held die Methode der Papen und Gayl, die der bayerischen Regierung wiederholt gegebene Versprechungen nicht gehalten hätten. Diese Versprechen, sich vor jeder Inangriffnahme der Reichs- und Verfassungsreform mit den Ländern zu beraten oder mindestens sie zu verständigen, seien bis in die letzten Wochen hinein gemacht worden.

Als dann am Donnerstag der vorigen Woche der bayerischen Regierung zufällig von außen her Gerüchte über die unmittelbar bevorstehenden Maßnahmen zugetragen wurden, sei ihrem Gesandten in Berlin jede Auskunft verweigert worden. Das allerhöchste aber sei gewesen, daß der Reichskanzler am Sonnabendnachmittag in der telephonischen Auseinandersetzung ihm unterstellt habe, mit dem Telegramm der bayerischen Regierung an den Reichspräsidenten sei eine Hilfsstellung der Regierung Braun bezweckt gewesen. Das sei eine verächtliche Kampfesweise, erklärte Dr. Held.

Zum Schluß erklärte der Ministerpräsident, daß die bayerische Regierung auch heute noch jederzeit bereit sei, über all die bereits getroffenen Maßnahmen, obwohl sie eine kaum reparable Degradierung der Länder bedeuteten, sich mit dem Reichskanzler zu unterhalten und die Möglichkeit einer Verständigung zu suchen unter der einen Voraussetzung, daß das Recht nicht von der Gewalt gebeugt werde.

Potsdam oder Weimar?

Wir müssen ein Ja finden!

Von Erik Nölting

Am 12. September 1932 hat der Deutsche Reichstag mit 512 bei insgesamt 550 abgegebenen Stimmen, d. h. mit einer neun Zehntel-Mehrheit dem Reichskanzler von Papen Lebenswohl zugewinkt und hinzugefügt: auf Nimmerwiedersehen! Eine sensationelle Einmütigkeit, ein Unikum der Parlamentsgeschichte! Ein merkwürdiger Tag, gewiß, dieser 12. September. Aber ein großer Tag war es nicht, denn ihm fehlte der heroische Zug, und was abrollte war nichts als eine Bosse. Die Geschichte wird den 12. September 1932 dereinst nur in ihrem Kuriositätenkabinett verzeichnen.

In der Wilhelmstraße in Berlin der Herrenklub, doch ihm gegenüber in einigen hundert Meter Abstand der Deutsche Reichstag, eine trotzig Volksburg, eine uneinnehmbare Schanze der Demokratie und der freien Volksrechte. Zog man drüben das Mottenbanner des Feudalismus auf, hier baucht sich das schwarzrotgoldene Panier stolz flatternd im Wind. Wenn's so gewesen wäre, würde der 12. September ein großer Tag sein, den noch unsere Enkel rühmen würden. Aber vom Firtz des höchsten deutschen Parlaments wehten Hakenkreuz und Sowjetstern. Schwarzrotgold, Symbol einer streitbaren und wehrhaften Demokratie, hing schlaff am Fahnenmast, weil nur eine Kinderheit sich unter diesem Banner zusammenscharte.

Der Ruf nach Staatsstreik liegt überall in der Luft, ihm antwortet nicht überall der entschlossene Freiheitsruf der Millionen. Viele antworten vielmehr mit Heilrufen, denen der eine ein „Rostau“, der andere ein „Hitler“ hinzufügt. Das wird in der Ferne ein verworrenes und unverständliches Stimmengeräusch, das allmählich und immer deutlicher vernehmbar überklungen wird von einem neuen, nur allzu bekannten Ton: dem t a t a des Hohenzollernautos.

Wohl 90 von 100 Rednern schließen in diesen Tagen ihr mehr oder minder langatmiges Wahlreferat mit der Forderung: fort mit Papen! Nie ist das deutsche Volk mit einer solchen Einmütigkeit in einen Wahlkampf gezogen. Den uns gegenwärtig beglückenden Reichskanzler zu beseitigen, ist auch der leidenschaftliche Wunsch der Sozialdemokratischen Partei. Aber wir sehen der Forderung, uns von Herrn von Papen zu befreien, noch ein anderes Gebot hinzu, das dem ersten Verlangen allein seinen Sinn verleiht: befreit uns von der Handlungsunmacht des deutschen Parlamentarismus und entreißt den Deutschen Reichstag der antidemokratischen Mehrheit und der Diktaturspielerei! Sowjetdeutschland bleibt doch nur ein Rebellspuk, eine fruchtlose Träumerei an kommunistischen Kaminen. Auch das Dritte Reich ist nur die Utopie von gestern und der Rajenjammer von morgen. Aber dieweil die einen vom heiligen Kreml, die anderen von Wodans heiligen Eichenbäumen schwätzen, bekamen wir die blaublütige Klassenfiktur

Keine Streikmehrheit bei der BVO.

Einstimmige Auffassung der Obleute

Gestern wurde bei der BVO die Urabstimmung über das Ergebnis der Verhandlungen vorgenommen, die von den freien Gewerkschaften zwecks Neuab schlusses des Lohnvertrages für die technischen und Verlehrsarbeiter geführt worden sind. Stimmberechtigt waren 21902 Beschäftigte, von denen sich aber nur 18537 an der Abstimmung beteiligten; 3365 oder gut 15 Proz. haben sich demnach nicht an dieser wichtigen Abstimmung beteiligt. Für Streik stimmten 14471 Beschäftigte oder 66 Proz. der Stimmberechtigten, für Annahme des Verhandlungsergebnisses stimmten 3993 Beschäftigte. Ungültig waren 73 Stimmen. Die statutarisch notwendige Dreiviertelmehrheit für den Streik ist somit nicht erreicht worden.

*

Zu diesem Ergebnis der Urabstimmung nahmen gestern abend die freigewerkschaftlich organisierten Obleute bei der BVO Stellung. Einstimmig waren die Obleute der Auffassung, daß eine Streikmehrheit nach den Gewerkschaftsregelungen nicht vorliegt.

Die an der Vereinbarung beteiligten Organisationen werden heute zu dem Ergebnis der Abstimmung gleichfalls Stellung nehmen. Die Satzungen der Gewerkschaften schreiben zwingend vor, daß ein Streik nur dann sanktioniert werden kann

wenn mindestens dreiviertel der an dem Konflikt Beteiligten für Streik stimmen.

Die Stellungnahme der Gewerkschaften ist dadurch gegeben. Es versteht sich jedoch von selbst, daß die Kommunisten und die Nazis, die in ihrer Presse seit Tagen und Wochen zum Streik aufzuredern, sich an die Satzungen der Gewerkschaften nicht halten und die Belegschaft zur Niederlegung der Arbeit auffordern werden. Dadurch wird in die Belegschaft — und das ist ja der Zweck der kommunistisch-nationalsozialistischen Agitation — ein Keil hineingerieben und Organisierte werden gegen Unorganisierte ausgespielt. Mit den üblichen Methoden wird man versuchen, die Belegschaft, die sich an den Satzungen der Gewerkschaften hält, zur Niederlegung der

Arbeit zu zwingen. Der lachende Dritte wird die Reaktion sein.

Der Konflikt innerhalb der BVO ist durch die bekannten Rotorordnungen entstanden, die die Angleichung der Löhne der Gemeindearbeiter an die der Reichsarbeiter

vorschreibt. Gegen diese Vorschriften haben die Gewerkschaften sich mit großem Erfolg gewehrt. Es ist ihnen auch gelungen, die buchstäbliche Ausführung dieser Rotorordnung zu verhindern. Was jetzt bei der BVO durchgeführt wird, ist in Wirklichkeit die Angleichung der Löhne der Arbeiter der BVO an die Löhne der übrigen Arbeiter der Stadt Berlin.

Ohne weiteres zu verstehen ist der Unmut der Arbeiterschaft gegen die fortgesetzten Lohnabzüge. Eine andere Frage aber ist es, ob unter den obwaltenden Umständen diese Angleichung der Löhne der Arbeiter der BVO an die Löhne der übrigen städtischen Arbeiter einen Streik mit allen seinen Konsequenzen in einem öffentlichen Betriebe rechtfertigt

ob unter diesen Umständen ein solcher Streik Aussicht auf Erfolg hat.

Da sich die Mehrheit der Belegschaft der BVO, leider immer noch aus Unorganisierten zusammensetzt, ist das Ergebnis der Abstimmung nicht sonderlich überraschend. Die Gewerkschaften können und dürfen diesen impulsiven Regungen, denen Unorganisierte leicht zugänglich sind, nicht nachgeben. Sie können zugunsten von Unorganisierten nicht von ihren Satzungen abgehen und auch unter dem Beschrei der RSD. und der Nazis dürfen sie sich

den klaren Blick für die Tatsachen nicht trüben lassen.

Aber gerade dieser Zwang der Tatsachen, denen sich die Gewerkschaften nicht entziehen dürfen, ist für Kommunisten und Nazis das Agitationsmittel, um auf die einzuwirken, die eine scheinrevolutionäre Ausrede brauchen, um sich für ihre Drückergererei bei der Erfüllung der gewerkschaftlichen Pflichten zu rechtfertigen. Im übrigen wird es sich auch hier wieder erweisen, daß einen „radikalen“ Stimmgabel abgeben — und danach zu handeln, zwei sehr verschiedene Dinge sind.

Preußen gegen Reich

Beschluß der Staatsregierung

Die rechtmäßige preußische Staatsregierung teilt mit:

„An der heutigen Staatsministerial Sitzung stellten die Staatsminister übereinstimmend fest, daß die Reichsregierung ihre Pflicht, die nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofs zu Unrecht ihres Amtes enthobenen preußischen Staatsminister wieder in ihr Amt als Staatsminister und Landesregierung einzusetzen, bis heute nicht erfüllt hat.“

Die preußische Staatsregierung wird nunmehr weitere Schritte ergreifen, um ihr Recht durchzusetzen.

Lassalles Grab beschmutzt

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Breslau, 2. November.

Hakenkreuz-Schmierfinken haben in der Nacht zum Mittwoch das Grab Ferdinand Lassalles auf dem jüdischen Friedhof in der Lohstraße besudelt. Die nach der Strafe zu gelegene Rückseite des Grabmals, an der sich eine kleine Gedenktafel befindet, ist mit einem großen Hakenkreuz in roter Farbe beschmiert worden.

Große Wahlkundgebung

am Freitag, dem 4. November, 20 Uhr, im Sportpalast, Potsdamer Str. 72
Redner: Artur Crispian, Tony Sender, Otto Bauer (Wien)
Kasseneröffnung 17 Uhr. Eintrittspreis 50 Pf., Erwerbslose gegen Vorzeigung der Stempelkarte 10 Pf. Die Fahndelagationen müssen spätestens um 19 Uhr in der Vorhalle des Sportpalastes anwesend sein

des Herrn Papen und seiner Barone mit und ohne Schlot.

Eine Wache rückt erst ab, wenn Ablösung da und eine neue Wachmannschaft aufzuziehen in der Lage ist. Irgendwie wird ein Volk immer regiert. Verjagt sich der Deutsche Reichstag störrisch dieser ihm in erster Linie zustehenden Aufgabe, so fällt damit die Staatsleitung nicht etwa fort, sie geht nur an andere Organe über. Wenn der Schatten des Reichspräsidenten sich bedrohlich über die deutsche Freiheit lagert, wenn die Bajonette uns beherrschen, wenn die Reaktion uns knechtet und die Bürokratie uns nasführt, die Zuchtlosigkeit und die Willkürherrschaft des deutschen Parlamentarismus tragen allein die Schuld an dieser unheilvollen Entwicklung. Ein Parlament, das würdelos wurde, fand noch immer den Stiefelabsatz, der es misshandelte. Eine Demokratie, die sich selber nicht ernst nimmt, hat kein Recht zur Klage, wenn andere sie auch nicht ernst nehmen. Wer die Demokratie zerstückt, kann sich nicht beschweren, wenn ein Dritter daraus die antidemokratischen Konsequenzen zieht. Demokratie ist Würde, wir aber ließen Würde und Stolz der Demokratie vor die Hunde gehen.

Am 6. November werden wir noch einmal den Weg zur Wahlurne gehen, den viele von uns allmählich ebenfugot kennen wie den Weg zur Stempelstelle. Noch einmal werden wir in der demokratischen Wahlzelle wählen, dem einzigen letzten Zufluchtsort radikaler menschlicher Gleichheit in der sonst von Unterschieden und Gegensätzen zerrissenen Welt des Kapitalismus. Noch reicht dein Stimmzettel aus, den des Herrn von Papen, meiner den des Herrn Schleicher zu durchkreuzen und aufzuheben. Aber über dieser Wahl liegt ein ungewisses und banges „Noch“. Nutzen wir diesmal wieder nicht die letzte Chance, die uns die Demokratie darbietet, so wird dieser Gang zur Wahlurne zugleich der Todesgang der deutschen Freiheit sein. Zerbricht die Demokratie, so haben wir unseren besten Bundesgenossen matt gesetzt, unser Zahlengewicht. Demokratie gehört letzten Endes immer den stärksten Bataillonen. Solange Demokratie gilt, hat die deutsche Arbeitnehmerschaft begründete Aussicht, daß einmal aus ihrer Zahl ein Übermensch, die heute schon besteht, auch politische Machtüberlegenheit wird. Fällt die Demokratie, ist dieser Traum für lange ausgeträumt.

Den Reichstanzler von Papen stürzt man nicht durch Diktaturspielerei, er ist allein zu stürzen auf der Ebene des Parlaments. Darum reicht es nicht aus, am 6. November in bezug auf Papen das Nein zu sprechen. Diesem Nein ist eine praktische Wirksamkeit erst dann beizufügen, wenn wir gleichzeitig zur Demokratie ein ungebrochenes und eindeutiges Ja finden. Potsdam, das seinen Kastendünkel und seine Trommelwirbel wieder durch Deutschland schiden möchte, ist bei der vorhandenen politischen Machtgruppierung von der Position Wostau her in einer wirksamen Weise nicht zu bekämpfen. Jeder Diktaturanbeter fügt praktisch, auch wenn er selbst es nicht will, mit seiner Wahlstimme nur einen Stein hinzu, der Papens Herrenthron fester untermauert. Wer uns vor Potsdam bewahren will, muß bei der herrschenden Situation eine positive Entscheidung für Weimar finden und der Sozialdemokratischen Partei seine Stimme geben!

Ein neuer Bukarester Frieden ist zwischen dem König Carol und seiner verlassenen Frau Helena geschlossen worden: sie wird finanziell sichergestellt und darf beliebig oft nach Rumänien kommen.

68 Tageszeitungen

erscheinen in Berlin. Nur eine einzige von ihnen vertritt die großen Massen, die hinter der Sozialdemokratischen Partei stehen.

722 064 Wähler

haben bei der vorigen Reichstagswahl in Berlin ihre Stimme für die SPD. abgegeben. Der

„Vorwärts“

ist die einzige sozialdemokratische Tageszeitung in Berlin und das Zentralorgan der

7 953 986 Männer und Frauen

die im Reiche für die SPD. gestimmt haben. Der „Vorwärts“ erscheint täglich zweimal und kostet bei freier Zustellung einschließlich

„Volk und Zeit“

der illustrierten Sonntagsbeilage in Tiefdruck, 75 Pf. pro Woche.

Hitler — Das ist die Reaktion!

Die reaktionären Arbeiterverräter im Braunhemd

„Gegen Reaktion und Klassenkampf!“ — unter dieser Parole führen die Nationalsozialisten den neuen Wahlkampf. Gegen die Reaktion? Aber das sind sie doch selbst! Sie meinen zwar damit den Kurs von Papen und Bracht, die Barone, die „feinen Leute“, die ihnen gegenwärtig die ausschließliche Ausübung der Regierungsgewalt verweigern. Aber abgesehen von diesem Kampf um die Futtertrappe oder vielmehr um die Duete der Regierungsbeteiligung, gibt es keinen grundsätzlichen Gegensatz zwischen den Nazis und den Baronen, zwischen Hitler und Papen, zwischen Goebbels und Hugenberg, zwischen Kube und Bracht. Die Nazis sind groß geworden nur durch reaktionäre Parolen und ihre Wählerschaft setzt sich größtenteils aus bürgerlichen, arbeiterfeindlichen Schichten zusammen. Anders wäre es auch gar nicht zu erklären, daß Hitler sämtliche bürgerlichen Rechtsparteien verschlungen hätte mit Ausnahme eines schädigen Restes von Deutschnationalen. Die Hakenkreuzler waren die bürgerlich-reaktionäre Partei geworden, in den Städten wie auf dem Lande, und der Gedanke, daß ausgerechnet sie nunmehr den Kampf gegen die Reaktion führen wollen, ist eine groteske Begriffsverwirrung.

Unter Reaktion versteht man gemeinhin die Abwehr gegen alle fortschrittlichen, demokratischen und sozialen Bestrebungen. Die Reaktion ist kapitalistisch, militaristisch, nationalistisch, antisemitisch, arbeiterfeindlich. Welche von diesen Bezeichnungen trifft auf die Hakenkreuzler nicht zu? Wie hätte denn sonst Hitler die Unter-

stützung von Thyssen und Kirdorf, von Lohmann, Epp und Loh, eines großen Teils der evangelischen Geistlichkeit, unzähliger Großgrundbesitzer und Großbauern und der meisten ehemaligen Freikorpskämpfer erreicht, als durch ausgesprochen reaktionäre Parolen und Versprechungen?

Man braucht ja nur in den letzten Tagen dieses neuen Wahlkampfes zu beobachten, in welchen Stadtteilen die meisten Hakenkreuzflaggen gezeigt werden: sie hängen größtenteils aus den Wohnungen der Reichen oder des typischen kleindürgerlichen Mittelstandes heraus. Es sind nach wie vor die ehemaligen Wähler der Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei, die das Hauptkontingent der Anhängerchaft Hitlers abgeben. Es mag sein, daß diesmal ein Rückstrom aus dem nationalsozialistischen Lager vor allem wieder zu den Deutschnationalen einfließen wird, weil die eingesessenen Reaktionäre in der Regierung Papen eine noch wirksamere Erfüllung ihrer Ideen und Wünsche erblicken als in dem sagenhaften Dritten Reich. Aber an dem Grundcharakter der Nationalsozialisten ändert diese Tatsache einer Wählerverchiebung ebenso wenig, wie der trampfahne Versuch von Gregor Strasser und Goebbels, ihrer Bewegung einen „proletarischen“ Charakter nachträglich aufzusteampeln.

Nicht weniger sinnlos und widerspruchsvoll ist der zweite Teil der Hakenkreuzlerischen Wahlparole. Mit ihrem ersten Teil „Gegen die Reaktion“ will man die Arbeiter ködern, mit ihrem zweiten Teil

„Gegen den Klassenkampf“ sollen die mittelständlerischen Schichten bei der Stange gehalten werden. Aber gerade in der heutigen Zeit wenden sich die Nationalsozialisten immer mehr an die Besitzlosen in den Großstädten und versuchen, sich als ihre Interessenvertreter aufzuspielen.

Zu diesem Zweck geben sie vor, den Kampf gegen die antisozialen, reaktionären Bestimmungen der letzten Notverordnungen zu führen, ja sie rühmen sich sogar, daß unter ihrer Führung erfolgreiche Abwehrbewegungen in zahlreichen Betrieben gegen Lohnkürzungen und dergleichen stattfinden. Meist ist das bloße Renommisterei und es handelt sich in Wirklichkeit um freigewerkschaftliche Abwehrkämpfe, die von den nationalsozialistischen Betriebszellen mitgemacht werden, während nach vor wenigen Monaten die Naziarbeiter ausgesprochene Gelbe waren, die als solche von den Unternehmern bevorzugt wurden.

Es bleibe dahingestellt, aus welchen Gründen eine gewisse Schwendung in der Taktik der Hakenkreuzler gegenüber dem Unternehmertum eingetreten ist. Wahrscheinlich haben Strasser und Goebbels erkannt, daß es aus wahltaktischen Gründen zweckmäßig ist, mit der schwierigen Faust zu operieren, weil ihnen sonst die proletarischen Elemente scharenweise davongelaufen wären. Aber gleichviel: von dem Augenblick an, wo die Nationalsozialisten derartige Kämpfe in den Betrieben selbständig führen oder auch nur mitmachen, treiben sie gerade das, was sie zu bekämpfen vorgeben, nämlich den Klassenkampf. Sie sind Klassenkämpfer wider Willen geworden, ohne es zu wissen!

Außenminister Zaleski gestürzt

Oberst Beck polnischer Außenminister

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Warschau, 2. November.

Der polnische Außenminister Zaleski ist am Mittwoch zurückgetreten. Seine Nachfolge wird voraussichtlich der bisherige Staatssekretär im Außenministerium, der erst Währige Oberst Josef Beck, übernehmen. Wie verlautet, soll Zaleski den Posten des Botschafters in Berlin erhalten.

Der Rücktritt Zaleskis ist auf Betreiben des Obersten Beck zurückzuführen, der einer der Pilsudski am nächsten stehenden jüngeren Offiziere ist und der schon seit langer Zeit diesen Posten anstrebte. Zaleski hatte sein Amt seit dem Maiumsturz im Jahre 1926 bis heute ununterbrochen innegehabt. Innenpolitisch war er ein unbedingter Anhänger der Pilsudski-Diktatur, in seiner außenpolitischen Tätigkeit war er ein Anhänger des Völkerbunds und Vertreter einer durchaus friedlichen Politik, die aus der Erkenntnis erwuchs, daß Polen durch einen Krieg nur zu verlieren, aber nichts zu gewinnen hätte. Der Wechsel im Außenministerium dürfte voraussichtlich keine

Änderung in dem bisher eingehaltenen Kurs mit sich bringen, da auch in außenpolitischen Fragen nur die Entscheidungen Pilsudskis ausschlaggebend sind, als dessen Exekutivorgan Zaleski galt.

Unruhen in Polnisch-Oberschlesien

Beeslau, 2. November.

Schwere Arbeitslosenunruhen ereigneten sich vor dem Gemeindeviertel in Lipine in Ostoberschlesien. Mehrere hundert Arbeitslose, insbesondere Verheiratete und Familienväter, denen man als Unterstützung für die vergangene Woche ganze 2 Lotz bewilligt hatte, versuchten Bäckereien, Fleischerereien und Kolonialwarenhandlungen zu stürmen. Die Polizei war gegenüber der massen erbitterten Menge, aus der heftige Verwünschungen gegen das Pilsudski-Regime laut wurden, zunächst völlig machtlos. Erst nach dem Erscheinen von Polizeiverstärkungen, die aus der Umgegend zusammengezogen worden waren, ergriffen die Demonstranten die Flucht.

Selbstmord für Junker

Die Barone unter ostelbischem Druck

Die Junker bestürmen das Kabinett der Barone. Es tut ihnen noch nicht genug für die Ostelbier! Von der deutschnationalen Fraktion des Preussischen Landtags wird mitgeteilt:

„Unter Führung des Vorsitzenden der deutschnationalen Landtagsfraktion Dr. von Winterfeld, waren am Mittwoch die Abgeordneten Schwedt, Bogemann, von Jizewitz, Carlsen und Borek einer Einladung des Reichstanzlers gefolgt.

Die deutschnationalen Abgeordneten trugen dem Reichstanzler nochmals die dringendsten Forderungen zur Sanierung der Landwirtschaft vor. In erster Linie wurde die Forderung aufgestellt, die autonomen Kontingente nunmehr sofort in ausreichender Höhe und unter Einbeziehung aller schutzbedürftigen Agrarprodukte durchzuführen.

Der Kanzler sagte zu, daß das Kabinett nach Rückkehr der Kommission aus Dänemark schon am Donnerstag die Kontingentierung, an der unbedingt festgehalten würde, beschließen wolle. Der Reichstanzler wies dabei auf seine früheren Reden hin. Er sagte ferner Maßnahmen zur Lastenentlastung zu.“

Wir haben in der Kontingentsfrage schon allerlei erlebt. Wir halten die Vermutung für berechtigt, daß die Information der deutschnationalen Fraktion des Preussischen Landtags auch der Stimmungsmache für die Wahlen dient. Wenn die Reichsregierung heute wie angekündigt, autonome Kontingente beschließen würde, so wäre das wirtschaftlicher Selbstmord!

Die Frage der Kontingente ist keine Streitfrage mehr; wer heute das Wagnis der autonomen Kontingentspolitik unternimmt, zerbricht bewußt alle Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Er-

holung Deutschlands. Die Papen-Regierung würde den eigenen Wirtschaftsbelebungsversuchen, deren Erfolgsaussichten an sich schon so gering sind, den letzten Stoß versetzen. Sie würde auch die letzten politischen Reserven, die in diesem Wahlkampf noch für sie mobilisiert werden könnten, mutwillig zerstören.

Die Kamarilla besteht!

Ein geheimer Zehnerrat berät über die Verfassung

Am Dienstag wurde hier ein Schreiben wiedergegeben, das der bekannte Herr von Gleichen am 12. Oktober an einen Freund gerichtet hatte, worin es hieß:

„Inzwischen hat Herr Schotte eingehende Aussprache mit Herrn von Gayl gehabt gerade über die Reichsreformfrage und äußerte sich darüber optimistisch. Insbesondere soll bei Herrn

von Gayl die Absicht bestehen, ein kleines Gremium von höchstens 10 geeigneten Persönlichkeiten zu bilden, wodurch der von mir vorgeschlagene Plan eines größeren Gremiums überholt erscheint.

Dazu meldet jetzt die offiziös informierte TL.:

In einem Schreiben des Herrn von Gleichen an eine Persönlichkeit in Ostpreußen war von einem kleineren Gremium die Rede, das den Reichsinnenminister in der Frage der Reichsreform berate. Diese Tatsache wird vom Reichsinnenministerium nicht bestritten. Daß sich der Minister von sachverständigen Persönlichkeiten beraten lasse, sei nichts Neues. Es sei aber völlig gegenstandslos, eine Verbindung mit den Absichten herzustellen zu wollen, die irgendwelche anderen Persönlichkeiten gehabt hätten oder haben.

Die Zustände im Heiligen Reich der Barone werden immer grotesker. Durch Zufall liegt uns ein Brief des sehr schreiblustigen Herrn v. Gleichen auf den Tisch, und durch diesen Zufall erfährt die staunende Welt, daß sich irgendwo im Reichsministerium des Innern ein geheime Küche befindet, in der zehn geheime Köche im Brei der Verfassungsreform herumrühren. Hält es der Freiherr von Gayl nicht für notwendig, dem deutschen Volke wenigstens die Namen der zehn geheimnisvollen Männer bekanntzugeben, die es mit einer neuen Verfassung beglücken sollen? Der offiziös meldung wird beschwichtigend hinzugefügt:

Bevor über die Frage der Reichsreform im Reichskabinett endgültig entschieden werde, würden — darauf müsse erneut hingewiesen werden — die Länderregierungen mit der Sache befaßt werden. Erst hiernach werde eine ordentliche Kabinettsberatung hierüber stattfinden. Die Beratungsfunktion des oben genannten Gremiums laufe nebenher.

Es ist sehr gültig von Herrn von Gayl, daß er wenigstens die Länderregierungen unterrichten will. Wir wissen bloß nicht, ob dieses Versprechen jetzt noch gilt, da er ja zu den meisten Länderregierungen einstweilen die diplomatischen Beziehungen abgebrochen hat. Aber ob mit oder ohne Unterrichtung der Länder — „endgültig“ können die Beschlüsse des Kabinetts nur für das Kabinett sein. Wirklich endgültig kann nur das Volk oder die Volksvertretung mit Zweidrittelmehrheit entscheiden. Gegen jeden Versuch, die Produkte der Geheimküche dem Volke auf einem anderen Wege aufzudrücken, wäre Widerstand in jeder Form berechtigt und geboten!

Schafft Munition!

FÜR DEN WAHLKAMPF!

Unterstützt den Kampf für Freiheit und Brot

Freiwillige Spenden auf Postscheck-Konto 14 157 (Adolf Holz), Berlin

Barone gegen Gemeinden

Neue Einschränkung der Selbstverwaltung durch Notverordnung

Die beiden neuen Verordnungen der Preußenkommission, über die wir bereits gestern abend kurz berichtet haben, sollen der Sanierung der Gemeindefinanzen dienen. Man kann sie nicht isoliert betrachten, sondern muß sie in Beziehung setzen zu jenem aufsehenerregenden Appell des Herrn Dr. Bracht an die Reichsregierung, der dank der intimen Beziehungen der Nazipresse zu hohen und allerhöchsten Regierungsstellen vor wenigen Tagen im „Völkischen Beobachter“ veröffentlicht worden ist. Dieser Notruf gibt offen zu, was man so gern verheimlicht hätte, daß die Räte der deutschen Städte keineswegs nur auf eigene Schuld zurückzuführen sind, sondern daß die Gewaltpolitik und Einsichtslosigkeit der Reichsregierung die Finanzkrise der Gemeinden und Gemeindeverbände ständig weiter verschärft hat und zur Katastrophe zu treiben droht.

Die „Gemeindefinanzverordnung“, die erste und wichtigste der neuen Bracht-Verordnungen, soll eine geordnete und sparsame Haushaltsführung in den Gemeinden sicherstellen. Der amtliche preussische Kommentar hat hierbei kein Wort übrig für die Notwendigkeit, gerade in schwierigen Zeiten die Selbstverwaltung zu stärken und zu stärken.

Er wolle nur zu reden von der Stärkung der Stellung des Gemeindevorstands, des Oberbürgermeisters, gegenüber der Volksvertretung. Er beweist damit den Geist, aus dem heraus die Kommission die Verordnung verfaßt und verstanden wissen wollen.

Eine Verordnung, die zweifellos auch Maßnahmen enthält, die vom Standpunkt der Gemeinden aus als wünschenswert betrachtet werden können und die deshalb auch bereits von der alten Preußenregierung im Zusammenwirken mit dem Städtetag vorbereitet worden waren. Hierzu gehört z. B. die vom Reichstag übernommene Vorschrift, daß Initiativentwürfe nur zur Erörterung gestellt werden dürfen, wenn ihnen gleichzeitig ein geeigneter und rechtlich zulässiger Deckungsvorschlag beigelegt ist. Oder die Vorschrift, daß außerordentliche Ausgaben vor Beschaffung der zu ihrer Deckung bestimmten Einnahmen nicht geleistet werden dürfen. Auch die größere Publizität der Finanzverwaltung, die Offenlegung des Haushaltsplanes, die übrigens vielerorts bereits vorgeschrieben war, ist zu begrüßen.

Aber die Volksmacht für den Gemeindevorstand, alle Befehle, die Mehrausgaben oder Verminderung von Einnahmen zur Folge haben würden, ohne weiteres zu annullieren, schließt weit über das Ziel hinaus und kann auch in Notzeiten nicht gerechtfertigt werden.

Sie beseitigt mit einem Federstrich das Budgetrecht der Stadtoverordneten, sie stellt die gesamte Städteordnung auf den Kopf, indem sie den Oberbürgermeister zum Kontrollorgan der Stadtoverordneten macht, während doch die Stadtoverordneten Kontrollorgan des von ihnen gewählten Magistrats und des Oberbürgermeisters sein sollen. Sie muß zu schwersten Konflikten innerhalb der Selbstverwaltungskörperschaften führen und kann unvernünftige Gemeindevorstände zur völligen Ausschaltung aller Selbstverwaltung verführen.

Es muß einmal mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß mit Reglementieren und Schikanieren, mit einer ständigen Verminderung von Volksrechten die Räte dieser Zeit auch in den Gemeinden nicht gemindert werden können. Gerade das Beispiel Berlins zeigt, daß die lebendigen Kräfte eines demokratischen Gemeinwesens noch immer stark genug sind, aus sich selbst heraus Missetaten zu beseitigen und Schäden abzustellen. So ist z. B. die jetzt als neu dekretierte Vorschrift für das gemeindliche Rechnungsprüfungsverfahren in Berlin bereits vor einem halben Jahre in einer Vorlage des Magistrats über die Stadtrechnungskammer verwirklicht worden, ohne daß der behördliche Auftrag eines Kommissars dafür vorgelegen hätte. Genau dasselbe gilt von der Nachprüfung der Wirtschaftlichkeit und der Organisation der städtischen Werke und Betriebe. In der Frage des sogenannten Erschließungsrechtes, also der Festlegung von Haushaltsplänen und sonstigen Deckungsbeschlüssen durch den Oberbürgermeister, bringt die Verordnung nichts Neues. Auch heute schon steht dem Gemeindevorstand das Recht zu, ohne den Appell an die Aufsichtsbehörde selbst einzugreifen, falls eine Stadtoverordnetensammlung die Ausgaben des Haushalts ungedeckt lassen sollte.

Die zweite Verordnung über die „Aufstellung von Stellenplänen“ dürfte gleichfalls sehr erheblich hinter den Tatsachen einherhinken. Die Gemeinden haben in ihrer Notlage von sich aus schon den Verwaltungsapparat bis auf das äußerst mögliche Maß eingeschränkt oder die Herabsetzung des Personalstandes wenigstens eingeleitet, soweit die Untüchtigkeit der Beamten einer sofortigen Einschränkung entgegenstand. Die Erfahrungen der Städte und der städtischen Beamten in den vielen Fällen, in denen die Aufsichtsbehörde in diese Fragen hineinregierte, sprechen jedenfalls nicht für eine Ausdehnung dieses Rechtes.

Und das Wichtigste zum Schluß: Überall dort,

wo Gemeindevertretungen ihre Aufgaben in den letzten Jahren nicht erfüllt haben oder überhaupt arbeitsunfähig geworden sind, sind die Kreise, die den Herren Regierenden von heute ganz besonders nahe stehen, nicht unbeteiligt gewesen. Wie wäre es, Herr von Papen und Herr Dr. Bracht, wenn Sie statt der alleinigmachenden Notverordnung einmal einen Appell an Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Wirtschaftsparteiler usw. erlassen hätten zu verantwortungsbewußter Mitarbeit an den Aufgaben der Gemeinde und zur Beendigung der sinnlosen Sabotage und Nur-Opposition, die dem Gedanken der Selbstverwaltung so schweren Schaden zugefügt und ja wohl diese Notverordnung mitgeboren hat?

Doppelmord in Köln

Geldbriefträger und Zimmervermieterin als Opfer

Köln, 2. November.

In einem Hause am Rudolfplatz ist heute nachmittag eine sensationelle Bluttat aufgedeckt worden, die nach den polizeilichen Feststellungen bereits in den ersten Vormittagsstunden begangen wurde. Gegen 5 Uhr nachmittags fand man in der Wohnung des 61jährigen Fräuleins Illa Korte sie selbst sowie den 48jährigen Geldzusteller Oberpostkassierer Clemens Körner ermordet auf. Die beiden waren durch Kopfschüsse getötet worden.

Der Tat dringend verdächtig ist ein Mann, welcher sich als Medizinstudent ausgab und sich gestern bei Fräulein Korte als Untermieter einlogierte. Nach bekanntem Rezept hat er sich einen Geldbetrag an die eigene Adresse geschickt und den Zusteller, der ihm heute zwischen 8.15 und 8.30 Uhr die gestern aufgegebene Summe in die neue Wohnung brachte, erschossen und beraubt. Illa Korte, die im Nebenzimmer mit Auf-

Irregeleitete kommunistische Arbeiter

Sie wollen Freiheitsfahnen nicht dulden — aber Hakenkreuzlappen!

Hamburg, 2. November.

Die Folgen der kommunistischen Parole „Hauptfeind ist die Sozialdemokratie“ zeigen sich von Tag zu Tag erneut. Am Dienstag melbten sich in Altona in der Wohnung des Sozialdemokraten Peters, der eine Fahne der Eisernen Front gehabt hatte, drei Kommunisten und forderten ihn auf, die Fahne einzuziehen. Sie bedeuteten ihm, daß in dieser Straße, in der nur Arbeiter wohnten, für eine Fahne der Eisernen Front kein Platz sei. Eher wäre schon eine Hakenkreuzfahne angebracht. Mit der Aufforderung, bis nachmittags um 3 Uhr die Fahne einzuziehen, verließen sie unter Drohungen wieder die Wohnung. Kurze Zeit darauf wiederholte sich der Vorgang in der Wohnung der sozialdemokratischen Funktionärin Behrend.

Inzwischen war die Polizei von diesen unerhörten Anmaßungen der drei Kommunisten verständigt worden, und als sie etwas später mit demselben Ansuchen in der Wohnung des Sozialdemokraten Rückmann erschienen, konnte die Polizei die drei lauberen Gesellen, die sich noch in dem kommunistischen Votal Brandt mit ihren Taten gebrüht hatten, festnehmen.

Anruhen in Hamburg

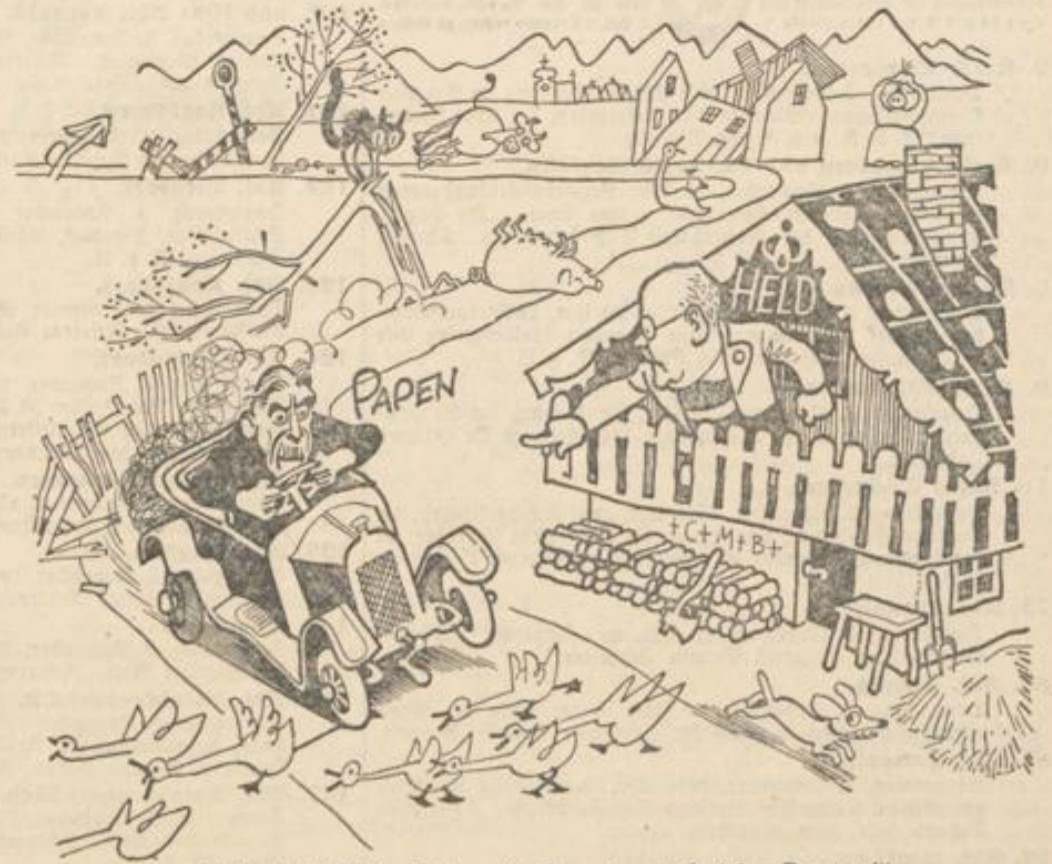
Schießerei im Gängviertel

Hamburg, 2. November.

In Hamburg kam es in der inneren Stadt wiederum zu einem blutigen politischen Feuerüberfall und schweren Zusammenstößen. An der Heiligen-Geist-Brücke stießen nationalsozialistische Zeitungsverteiler mit kommunistischen Trupps zusammen. Dabei wurden von kommunistischer Seite etwa dreißig bis vierzig Schüsse abgegeben, durch die eine große Zahl von Personen getroffen wurden. Außer den Leichtverletzten, die der Polizei noch nicht gemeldet wurden, haben etwa zwölf Personen, darunter verschiedene unbeteiligte Passanten, erhebliche Verwundungen davongetragen.

Die Polizei hat im Anschluß an die Zusammenstöße eine umfassende Durchsuchung der KP-Lothale eingeleitet in denen Mitglieder der sogenannten Häuserkampfstaffeln des verbotenen KfzB und der Roten Marine zu verkehren pflegen. Die Nazia hat zur Sistierung einer großen Anzahl von Personen geführt. 200 Personen sollen dem Stadthaus zur Vernehmung zugeführt worden sein. Im Stadtteil Hamm kam es inzwischen in

Länderzwist



„Halt, Söl! Wilde Fahrer dulden wir net bei ins Bayern!“

räumungsarbeiten beschäftigt war, ist dann das zweite Opfer des Verbrechens geworden. Bisher fehlt von dem Täter jede Spur; nicht einmal eine Personenbeschreibung ist vorhanden.

Zuchthausstrafe wegen versuchter Spionage. Der Erste Strafsenat des Oberlandesgerichts Breslau verurteilte den 35jährigen polnischen Staatsangehörigen, Grenzbeamten Marjan Brozyna aus Krakau, wegen versuchten Verbrechens gegen § 3 des Spionagegesetzes und wegen Vahrgehens zu einer Zuchthausstrafe von drei Jahren und einem Monat unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Diplomatenschub

Ernennungen im Auswärtigen Dienst

Der Reichspräsident hat ernannt: den Generalkonsul Dr. Freiherrn von Grünau zum Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, den Vortragenden Legationsrat Dr. Grafen Adelman von Adelmansfelden zum Generalkonsul in Kattowig, den Ministerialdirektor z. D. Dr. Jechlin zum Gesandten in Mexiko, den Gesandten z. D. Dr. h. c. Freitag zum Gesandten in Lissabon, den Gesandten Dr. Schmidt-Eskop-Montevideo zum Gesandten in Rio de Janeiro, den Gesandten von Balow, Muncion, zum Generalkonsul in Kalkutta, den Gesandten z. D. Weiß zum Gesandten in Muncion, den Vortragenden Legationsrat Dr. Grobba zum Gesandten in Bagdad, den bisherigen Untergeneralsekretär des Völkerbundes Freiherrn Dufour-Feronce zum Gesandten in Belgrad, den Gesandtschaftsrat Dr. Pistor zum Gesandten in Quito, den Generalkonsul in Jerusalem Dr. Nord zum Gesandten in Bangkok.

Mit der Leitung der kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes wird der Gesandte in Riga, Dr. Sieve, betraut.

Fahnenräuber schießt!

Revolverschüsse im Gewerkschaftshaus

Düren, 2. November.

Mittwoch nachmittag ging ein Nationalsozialist in das sozialistische Gewerkschaftshaus in der Eisenbahnstraße, begab sich auf den Boden und schnitt die herausragende Fahne der Eisernen Front ab. Das Fahnenstück steckte er in seine Aktentasche. Inzwischen hatten sich im Treppenhäus einige Sozialdemokraten angesammelt, die den Nationalsozialisten aufhalten wollten. Als dieser seinen Weg versperren sah, zog er einen Revolver und schob. Dabei verletzte er den Führer einer Hammettschaft durch einen Oberkettel- und Handschuh. Der Täter flüchtete dann, konnte aber nach kurzer Verfolgung gestellt und der Polizei übergeben werden.

Gelächter über Oldenburg!

Nazipräsident setzt deutschnationalen Bürgermeister mit Waffengewalt ab

Eutin, 2. November.

Der nationalsozialistische Regierungspräsident Boehmer, Eutin, hat den Bürgermeister der Stadt Eutin, den Deutschnationalen Dr. Stoffregen, seines Amtes enthoben. Dr. Stoffregen wurde heute nachmittag

durch ein Kommando der Schwarztauer Ordnungspolizei unter Führung eines Polizeihauptmanns aus seinen Amtsräumen entfernt.

Der Bürgermeister hat den Polizeihauptmann auf die Angeleglichkeit seines Vorgehens hingewiesen und beim oldenburgischen Staatsministerium telegraphisch Beschwerde erhoben. Der Kreisvorstand der Deutschnationalen Volkspartei hat in einem an den Reichsinnenminister gerichteten Telegramm um das Einschreiten des Reiches im Interesse von Recht, Ruhe und Ordnung gebeten.

Das Ereignis von Eutin bestätigt das berühmte

Madriider Reise beendet

Nur unpolitische Abkommen

Paris, 2. November.

Am Mittwoch sind in Madrid folgende Abkommen zwischen Frankreich und Spanien unterzeichnet worden: 1. ein Arbeits- und Beistandsabkommen, das die Lage der französischen Arbeiter in Spanien und der spanischen Arbeiter in Frankreich regelt; 2. ein Abkommen über die Sozialversicherung, ähnlich dem deutsch-französischen Abkommen; 3. ein Abkommen über die Behandlung der französischen und spanischen Volontäre, die zu ihrer Berufsausbildung kurze Zeit in Betrieben der beiden Länder tätig sind.

Wort von Karl Marx, daß alles, was sich in der Weltgeschichte als Tragödie abgespielt hat, sich noch einmal als Farce wiederholt. Der 2. November von Eutin ist das Satyrspiel zu dem 20. Juli von Berlin.

Es ist auch nicht einzusehen, warum man nicht auch in Oldenburg Politik im Stil von Südamerika machen soll, wenn das in Preußen geschieht. Und es ist noch weniger einzusehen, warum für den Deutschnationalen Stoffregen nicht recht sein soll, was für den Sozialdemokraten Severing billig gewesen ist. Warum soll nicht im heiligen Reich der Barone jedermann, der für den Augenblick über ein Stück „bewaffneter Macht“ verfügt, seinem im Amt befindlichen politischen Gegner auf den Pelz rücken und ihn mit Waffengewalt für abgelegt erklären? Morgen kann ja dann der Abgelegte vielleicht zu demselben Mittel greifen!

Es wird mit jedem Tage lustiger! Es lebe der grundsätzlich neue Kurs der Staatsführung! Es lebe die autoritäre Regierung und — die Hartzburger Front!

Wirtschaft und Gemeinden

Leere Gemeindekassen — steigende Not des Volkes

Der Borgtrieb auf die Steuereinnahmen künftiger Jahre ist in Form der Steuergutscheine erfolgt. Sie werden den Unternehmern gegeben, um ihnen günstige Produktionsverhältnisse zu sichern. Gleichzeitig sollen Einstellungsprämien eine weitere Kostenlenkung ermöglichen, die bessere Ausnutzung der Betriebsanlagen zur Steigerung der Rentabilität beitragen. Der Erfolg dieser Pläne ist — soweit er überhaupt erzielbar ist — nur auf dem Wege einer Erhöhung des deutschen Warenabflusses in der Welt zu erreichen. Seine wichtigste Voraussetzung ist daher eine Politik, die überall auf eine Vorkämpfung der Devisenbewirtschaftung auf einen Abbau der Zollmauern und eine Befestigung des Kontingentierungssystems hinwirken muß. Nur wenn es uns gelingt, den Weltmarkt wieder zu beleben und den Warenaustausch zu fördern, kann die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung und die Kapitalbildung im Lande wieder wachsen.

Jede durch künstliche Maßnahmen herbeigeführte einseitige Belebung des Binnenmarktes, die die vielen Zauberdoktoren der offenen und verschleierten Kreditausweitung uns anpreisen, muß in kürzester Frist auf die unübersteigbare Grenze unserer unzureichenden Gold- und Devisenreserven stoßen. Allzu viele wollen dies nicht wahrhaben, weil sie die engen Zusammenhänge zwischen einer Belebung des Binnenmarktes, Steigerung der inneren Kaufkraft und Notwendigkeit stark erhöhter Einfuhr an Rohstoffen und sonstigen Gütern nicht sehen. Diese Importe aber müssen bezahlt werden. Ein Land wie Deutschland, das über keine Goldreserven verfügt, sondern nur eine mühsam durch Stillhalteabkommen ausgeglichene Zahlungsbilanz ausweist, kann Einfuhr nur durch Ausfuhr oder Kredit bezahlen. Deshalb ist die Pflege der weltwirtschaftlichen Beziehungen, die Aufrechterhaltung guter Handelsverträge, der Kampf für die Wiederherstellung funktionierender Kapitalmärkte eine Lebensfrage für Deutschland, eine

nachte Existenzfrage für die Millionen deutscher Industrie- und Arbeiter.

Darum ist jede deutsche Wirtschaftspolitik, die diese Zusammenhänge nicht sieht, gefährlich und muß in ihrem Ergebnis nicht zur Besserung, sondern zur Verschlechterung des Arbeitsmarktes führen. Nicht einmal die besten Freunde des Herrn von Papen werden behaupten, daß die Arbeitsbeschaffungspläne der Reichsregierung bisher erfolgreich waren. Von den neu zur Arbeit gelangenden zwei Millionen Erwerbslosen, die der Reichsminister dem amerikanischen Botschafter Knickerbocker optimistisch in Aussicht stellte, ist es sehr still geworden. Es wäre schon eine große Leistung, wenn es gelänge, die saisonmäßigen Entlassungen durch Neueinstellungen in den nächsten Monaten auszugleichen. Die Linie der amtlichen Handelspolitik weist allerdings in die entgegengesetzte Richtung. Wenn man Handelskämpfe mit den besten Kunden auslöst und dem deutschen Warenverkehr unübersteigbare Hindernisse bereitet, dann kann man nicht mit Zunahme der industriellen Beschäftigung rechnen. Wenn man sich über die Entrüstung der tausenden Länder hinwegsetzt und unter dem Druck landwirtschaftlicher Wählerstimmen mit dem Gedanken autonomer Kontingentfestlegung spielt, dann verspielt man gleichzeitig die Chance des Anschlusses an eine Besserung der Weltkonjunktur.

Wenn man eine Außenpolitik treibt, die fatal an die Parole „Viel Feind, viel Ehr“ erinnert, dann bahnt man dem deutschen Kaufmann keine Wege zu erfolgreicher Arbeit in der Welt.

Wenn man Verfassungspläne verfolgt, die nur gegen eine Mehrheit des Volkes durchführbar sind und höchste politische Unruhe auslösen müssen, dann muß jeder Versuch, durch Vertrauen und Optimismus die Unternehmertätigkeit im Lande anzuregen, erfolglos bleiben. Wenn man mit Zinsenkampagnen, in Wirklichkeit leeren, Topf-Subventionen zaubert und sie als „Tischlein deck dich“ den bankrotten Betrieben zur Verfügung stellt und gleichzeitig „Küppel aus dem Sack“ der Arbeiterschaft vorspielt, dann werden allzu wenige Leute Lust haben, ihr Kapital zu riskieren und langfristige Geschäftsplanungen einzuleiten.

Niemand wird unter diesen Umständen damit rechnen, daß in nächster Zeit weniger Erwerbslose aus öffentlichen Mitteln zu unterhalten sind. Kein verantwortlich denkender Staatsmann darf darauf spekulieren, daß ihm eine rasche Berringerung der Arbeitslosenzahl die Aufgabe löst, die hungrigen Mägen der Notleidenden zu füllen, ihnen Heizung zu geben und für die notwendigste Bekleidung zu sorgen. Wie es heute mit den Unterstützungen aussieht, das sieht man den Menschen an, die in den Straßen herumlungern müssen. Das sagt auch dem Nichtsehenden die Tatsache,

daß die Reichsregierung mit einer Durchschnittshilfe von 42,50 M. monatlich für die Familie rechnet!

Aber selbst bei dieser untersten Grenze der Fürsorge sind weit über 3 Milliarden Mark nötig, um die Wohlfahrtsleistungen zu bewirken. Ungerechnet die Hunderte von Millionen Mark, die der Apparat verschlingt, der zur Erfüllung der Fürsorgeaufgaben erforderlich ist.

Gibt es ein dringenderes Problem für die Regierung als dieser Pflicht nachzukommen und eine Durchführung der Fürsorge in den Gemeinden, in denen sie seit Monaten bedroht ist, zum Teil nur noch unzulänglich oder kaum durchgeführt werden kann, sicherzustellen? Wer die Liste der Subventionen für Wirtschaftsgruppen, Einzelbetriebe, Banken, Genossenschaften, Schiffsahrtsgesellschaften, die in den Zeitungen wie am rollenden Band veröffentlicht werden, liest, muß denken, daß im öffentlichen Haushalt alles aufs Beste bestellt ist! Muß annehmen, daß der Not der Massen unter allen Umständen gesteuert ist!

Wie ist es in Wirklichkeit? Alle Versuche, eine ausreichende Hilfe für die Wohlfahrtsämter der Gemeinden zu erhalten, bleiben ohne Erfolg. Die Zusage vom 15. Juni, daß die Gemeinden für die Erwerbslosen nicht mehr als 680 Millionen aufbringen sollen und der Rest vom Reich finanziert wird, steht auf dem Papier. Jeder Tag zeigt neue Schwierigkeiten in einer anderen Stadt, und dabei stehen wir erst im Anfang November — vor Beginn der winterlichen Not!

Flugkatastrophe im Speßart

Sämtliche fünf Insassen getötet

Die deutsche Luftfahrt ist wenige Tage nach dem Verlust des Postflugzeuges D 2017 von einem neuen schweren Unglück betroffen worden. Das planmäßige Verkehrsflugzeug der Strecke Nürnberg-Fürth-Frankfurt a. M., D 724 „Kollrabe“, eine einmotorige Junkers F 13, verunglückte gegen 12.50 Uhr aus noch nicht näher bekannten Gründen in der Nähe des Forsthauses Echterpsahl bei Rohrbrunn im Speßart. Seine fünf Insassen, nämlich Oberregierungsrat Weidner, Regierungsrat Gschonbach, beide vom Landesfinanzamt München, ferner der kaufmännische Angestellte Richter von der Münchener Flugleitung, sowie die Besatzung, Flugzeugführer Anton Schulz und Funkermaschinist Karl Frank, wurden getötet. Sachverständige zur Klärung des Unfalls sind sofort an die Unglücksstelle entsandt worden, die mitten im Walde liegen soll.

Ueber die Ursache und den Hergang der Katastrophe wird sich erst Näheres sagen lassen können, wenn die Sachverständigen die Flugzeugtrümmer einer eingehenden Untersuchung unterzogen und etwaige Augenzeugen gehört haben. Bisher weiß man nur, daß die Maschine, die um 11.10 Uhr Nürnberg-Fürth verlassen und um 12.40 Uhr in Frankfurt eintreffen sollte. Startverzögerung hatte, weil sie in Nürnberg auf das verspätet eintreffende Anschließflugzeug von München warten sollte. Deshalb erfolgte der Start erst um 11.55 Uhr, also mit dreiviertelstündiger Verspätung. Die Wetterverhältnisse waren zu der fraglichen Zeit auf der Strecke so, daß kein Grund vorhanden war, den Abflug von Nürnberg-Fürth noch weiter hinauszuschieben. Allerdings besteht die Möglichkeit, daß sich bei dem herrschenden Regenwetter die Sicht verschlechtert hat. Der Fund der Flugzeugtrümmer dürfte ergeben, ob die Maschine bei dem Versuch einer Notlandung verunglückt ist oder ob sie

im Nebel bei der Ueberfliegung einer Speßart-Höhe einen Baum gestreift

hat. Das Forsthaus Echterpsahl liegt wie das idyllische Rohrbrunn in allerhöchster Nähe der höchsten Erhebung des Speßarts, des fast 600 Meter hohen Geyersberges. Geeignetes Gelände für eine Notlandung ist in dieser Gegend, die dicht bewaldet ist und prachtvollen Baumbestand hat, kaum vorhanden. Kurz vor 12.50 Uhr stand das Flugzeug noch im üblichen Funkverkehr mit dem Flughafen Frankfurt, von dem es noch etwa 50 Kilometer entfernt war.

Der Flugzeugführer Anton Schulz stammte aus

Hindenburg in Oberschlesien, stand im 26. Lebensjahr und war ledig. Er trat im Mai 1928, und zwar zehn Tage nach dem jetzt im Kanal verunglückten Flugzeugführer Cuno, bei der Luftbanja ein und hat bisher bei der Bezirksleitung Süd etwa 240 000 Kilometer zurückgelegt. Der Funkermaschinist Karl Frank, der ebenfalls ledig war, stammte aus Remmighagen bei Greifswald, war 32 Jahre alt und seit Juni 1927 bei der Luftbanja.

Rohrbrunn (Speßart), 2. November.

Nach den bisherigen Feststellungen ist das Flugzeugunglück bei Echterpsahl wahrscheinlich auf den Bruch eines Flügels zurückzuführen. Wenigstens fand man diesen Flügel einige hundert Meter von der Stelle entfernt, an der das Flugzeug förmlich im Boden eingegraben liegt. Das Flugzeug ist im dichten Gehölz abgestürzt. Die Äspitel einiger Bäume sind bei dem Sturz glatt abgerasiert worden, während der schwere Flugzeugkörper sich tief in die Erde geböhrt hat.

In Ergänzung dieser Meldung teilt die Luftbanja mit:

Nach einer Meldung der Flugleitung, die den Unfall im Speßart untersucht, sind entgegen anderen Mitteilungen die Leichen aller Insassen aufgefunden worden. Die drei Passagiere lagen in der Kabine, die beiden Befahungsmitglieder im Führeritz. Zur Zeit des Unfalls war die Sicht so unklar, daß auch die Augenzeugen über den Hergang des Unfalls nur Vermutungen äußern können. Der genaue Bericht der technischen Sachverständigen ist nicht vor Donnerstag früh zu erwarten.

Korrigiertes Urteil

Gegen einen Reichsbannermann

Das Schöffengericht Berlin-Mitte hat am 18. September den 22jährigen Reichsbannermann Bruno Güterfonte wegen Bedrohung und unbefugten Waffenbesitzes zu 1 Jahr und 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Köschhorn ermäßigte jetzt die Strafe auf 6 Monate, entgegen dem Antrage des Staatsanwalts, die Berufung zu verwerfen.

Güterfonte wurde nur wegen unbefugten Waffenbesitzes verurteilt und unter Anrechnung der Untersuchungshaft auf freien Fuß gesetzt. Diese Korrektur des Urteils erster Instanz ist um so bedeutsamer, als sie nur zustande kommen konnte, weil das Gericht in höherem Maße dem angeklagten Reichsbannermann als den Nazizeugen Glauben geschenkt hat. Dieser

Standpunkt des Gerichts erscheint um so gerechtfertigter, als unter diesen Nazizeugen auch der Sturmführer Martin war, der den „Vorwärts“-Lesern wohl noch durch seine mittels Köfferchen vorgenommene Waffenschlebung im Tiergarten in Erinnerung sein dürfte. Güterfonte war hinter einem Auto, in dem außer anderen Nazis sich auch Martin befand, hergefahren. In der Stromstraße stiegen zwei Nazis aus dem Wagen und gingen auf das von Güterfonte geführte Motorrad zu. Güterfonte zog seinen Revolver und schoß. Das Gericht erster Instanz glaubte dem Nazizeugen, daß der Revolver schuß ohne Grund abgegeben worden sei. In der erneuten Verhandlung nahm aber das Gericht an, daß sich Güterfonte in vermeintlicher Notwehr befunden und deshalb geschossen habe. Er sei deshalb von der Anklage der Bedrohung freizusprechen und nur wegen unbefugten Waffenbesitzes zu bestrafen.

Es ist erfreulich, daß bei den Roabiter Richtern immer mehr die Ueberzeugung Platz greift, daß Naziausagen nur mit größter Vorsicht zu verwenden sind.

Das ist Idealismus!

Idealismus und Opferbereitschaft waren stets hervorragende Eigenschaften sozialistischer Kämpfer. Wenn aber Erwerbslose und Rentner in dieser schweren Zeit nicht zurückzucken wollen und von der fargen Unterstützung noch Pfennige zum Kampffonds der Partei beisteuern, so verdient diese Tat ganz besonders an dieser Stelle hervorgehoben zu werden.

In einer Versammlung erwerbsloser Genossen in TrepLOW wurden auf einer selbst angefertigten Sammelliste 5, 10 und 20 Pf. gezeichnet. Unter den Zeichnern befinden sich Genossen, die schon 2 und 3 Jahre arbeitslos sind.

Eine Partei, die solche selbstlosen und opferbereiten Kämpfer in ihren Reihen hat, kann von den Gegnern nicht überwunden werden. Habt Dank, erwerbslose Kampfgenosser!

Prozeß gegen „Niobe“-führer

Am heutigen Donnerstag beginnt in der Marineschule Kiel-Wik die Kriegsgerichtsverhandlung gegen den Kommandanten der im Fehmarn-Belt gesunkenen „Niobe“, Kapitänleutnant Kuhfus. Die Anklage lautet auf jahrelange Schiffsführung. Es tritt in diesem Prozeß der seltene Fall ein, daß auch nach dem Kriege ein Kriegsgericht das Urteil zu fällen hat, weil als Ausnahmefestimmung gesetzlich die Militärstrafgerichtsbarkeit in Kriegsjahren und gegen die an Bord von Kriegsschiffen befindlichen Angehörigen der Reichsmarine Geltung behalten hat.

Nazisturm auf Antikriegsmuseum

In den gestrigen Abendstunden wurde von einer Horde Nationalsozialisten auf das Antikriegsmuseum in der Parochialstr. 29 ein hinterhältiger Ueberfall verübt. Gegen 19 Uhr erschienen mehrere Burshen vor dem kleinen Gebäude, rissen eine dort hängende Fahne herunter und drangen in den Laden, in dem der Besitzer des Hauses, Schriftsteller Ernst Friedrich, anwesend war, ein. Die SA-Banditen fielen über Friedrich her, es gelang ihm jedoch, die Täter in die Flucht zu schlagen und einen der Adelsführer solange festzuhalten, bis Polizei zur Stelle war. Die übrigen Strolche suchten ihr Heil in der Flucht und entkamen. Friedrich hat bei dem Handgemenge leichte Verletzungen erlitten.

Genosse Franz Walter, Bohmsdorf, Paradiesstraße 6, feiert heute seinen 80. Geburtstag. Seit 50 Jahren ist er in der Partei tätig; er gehört der 111. Abteilung an. Seine körperliche und geistige Frische gestattet es ihm, trotz des hohen Alters noch heute an der Seite seiner Frau eifrig als Parteifunktionär tätig zu sein und das Amt eines Aufsichtsrats der Konjunktionsgenossenschaft auszuüben.

Wochenendzug nach Hamburg bestimmt. Wie die Reichsbahndirektion Berlin mitteilt, wird der am Sonnabend und Sonntag, 12. und 13. November, vorgesehene Sonderzug nach Hamburg bestimmt verkehren.

Elektrisches Licht ist billig!



OSRAM



Verwenden Sie für den Haushalt 40 und 60 Watt OSRAM-Lampen.

Der Name OSRAM bürgt für hohe Lichtleistung

Devisenschieber und Geldfälscher

Unerwünschte Gäste aus dem Ausland

Der gestrige Mittwoch hat eine ganz merkwürdige Häufung aller möglichen Devisenschieberprojekte und Geldfälscheraffären gebracht, in die ebenso auffällig, zum größten Teil Ausländer verwickelt sind, die also die Gastfreundschaft schmähslich mißbraucht haben, die sie in Deutschland und in Berlin genießen. Im Mittelpunkt stand der Prozeß gegen die russische Geldfälscherbande, der mit Zuchthausanträgen endete. Als Kuriosum sei erwähnt, daß selbst ein Kraftwagenführer aus Berlin namens Bernato, der mit seinem Wagen bei Schallstadt in Baden verunglückte, sich als ein Cette erwies, der wegen Devisenschlebung gefaßt wurde.

Die erwähnte russische Geldfälscherbande, über deren Prozeß der „Vorwärts“ berichtete, hatte über den gesamten europäischen Kontinent gefältschte englische 100-Pfund-Noten und 500-Dollar-Noten in Höhe von einer halben Million in den Verkehr gebracht. Der Staatsanwalt wies in seinem Plädoyer darauf hin, daß die Beweisaufnahme, die zu einem großen Teil wegen Gefährdung der Staatssicherheit unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt worden war, ergeben habe, daß für die Geldfälschungen keine politischen Motive vorhanden seien. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Kunstmaler Riassjedoff 6 Jahre 2 Monate Zuchthaus, gegen den in Stockholm verhafteten Russen Ramonoff 4 Jahre Zuchthaus, gegen die Helfershelfer, die Russen Melidoff, Udinzeff, Uraliski und Vandau 2½ bis 1½ Jahre Gefängnis. Das Urteil ist am Donnerstag zu erwarten.

Spritweber und Genossen

In dem Devisenschleberprozeß Sprit-Weber und Genossen wurde von Landgerichtsdirektor Dr. Rosemann das Urteil verkündet. Es wurden verurteilt: der Kaufmann Hermann Weber wegen vorsätzlichen Devisenvergehens zu 1 Jahr Gefängnis und 8000 M. Geldstrafe, Bankier Markus Freier wegen vorsätzlichen Devisenvergehens zu 6 Monaten Gefängnis, 5000 M. Geldstrafe und ferner wegen fahrlässigen Devisenvergehens zu 40000 M. Geldstrafe, der Holländer Abraham Trompeter wegen vorsätzlichen Devisenvergehens und Beihilfe zum Devisenvergehen

zu 1 Jahr Gefängnis und 10000 M. Geldstrafe. Einige weitere Angeklagte erhielten geringere Gefängnisstrafen. In der Urteilsbegründung führte Landgerichtsdirektor Dr. Rosemann aus, daß das Gericht aus allgemeinen Erwägungen zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß es sich bei allen Effekten um Auslandsbesitz handelte.

Effektenverkäufe für Holländer

Wegen vorsätzlichen Devisenvergehens verurteilte das Schnellschöffengericht den Bantremischer Leopold Jenczo, einen tschechoslowakischen Staatsbürger, zu drei Monaten Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe. Jenczo hatte für den Kaufmann Baruch Friedberg in Antwerpen Wertpapiere (Effekten) in Höhe von 18500 Mark verkauft und den Erlös diesem ausgehändigt. Er behauptete, daß er Friedberg für einen Inländer gehalten habe, da Friedberg in Berlin ein Haus besitze.

Ungarische Fälscher

Vor der Strafkammer des Landgerichts II hatten sich zwei aus Budapest stammende, mehrfach verurteilte Angeklagte, der Maler Adolf Pisk und der Elektrotechniker Wilhelm Hofer wegen Fälschung von ungarischen Stempelmarken, die sie in Berlin hatten bestellen lassen, zu verantworten. Die Angeklagten waren eigens zu dem Zweck der Herstellung ungarischer Verkehrssteuermarken nach Berlin gekommen, hatten bei verschiedenen Kunstanstalten und Druckereien Aufträge in Auftrag gegeben und den Druck von 30000 Stempelmarken im Werte von 205000 M. bestellt. Einen Teil der Bestellung hatten sie auch bereits abgenommen, als sie am 5. August verhaftet wurden. Die Strafkammer verurteilte die Angeklagten zu je 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis.

Falsche Dinare und Duma-Rubel

Ein internationaler Gauner, der vor geraumer Zeit in Berliner Bankgeschäften erschienen war und jugoslawische 100-Dinar-Noten sowie russische „Duma-Rubelnoten“ einwechseln ließ, die sämtlich gefälscht waren, ist, wie aus Stuttgart gemeldet wird,

dort verhaftet worden. Der Betrüger, der sich mit einem falschen Paß auswies, ist ein 35 Jahre alter Norddehl Landsmann. Aus den Aussagen des Betrügers geht hervor, daß er Mitglied einer organisierten Fälscherbande ist, die von einem Pariser Spielklub aus ihre Fäden durch ganz Europa und insbesondere durch Deutschland zog.

Chauffeur und 14iacher Hausbesitzer

Freiburg (Breisgau), 2. November.

Am Sonntag verunglückte bei Schallstadt (Baden) ein Berliner Personenauto, wobei es drei Schwerverletzte gab, und zwar wurden verletzt der Kraftwagenführer Bernatoff und das Ehepaar Friedland. Bernatoff ist inzwischen gestorben. Zu der Angelegenheit werden jetzt von der Staatsanwaltschaft folgende interessante Einzelheiten mitgeteilt:

Bei dem inzwischen in der Freiburger Klinik verstorbenen Kraftwagenführer Bernatoff handelt es sich um einen aus Dünaburg gebürtigen eingewanderten Letten, der im Besitze eines fettigen Reisepasses war, in Berlin wohnte und vierzehnfacher Hausbesitzer ist. Gegen Bernatoff ist ein Ermittlungsverfahren der Zollfahndungsstelle Berlin wegen Devisenschlebung anhängig. Die strafrechtliche Seite des Unglücks ist mit dem Tode des Wagenführers Bernatoff erledigt. Die Akten wurden dem Berliner Polizeipräsidium zur Weiterbehandlung übergeben.

Wie wird das Wetter?

In Berlin: Meist stark bewölkt, mild, etwas Regen, mäßige westliche Winde. — In Deutschland: Im Süden zeitweise aufheiternd, im Norden und Osten meist bewölkt, Wetter mit einzelnen leichten Regenfällen. Ueberall mild.

Ein Denkmal des alten Alex

Der neue Alexanderplatz wird auch ein Denkmal des alten Alexanderplatzes aufweisen. Professor Scheurich hat in einem 46 Meter langen Wandfries im Hauptraum der neuen Alchinger-Gaststätte das Gesicht des alten Alexanderplatzes aus den letzten 150 Jahren in originellen Berliner Typen, Mode- und Architekturbildern festgehalten. Ueber ihre Bedeutung für die neuen Alchinger-Gaststätten hinaus stellt die Schöpfung Professor Scheurichs zweifellos eine Sehenswürdigkeit dar, die sicherlich von allen Freunden des alten Berlin begrüßt werden wird.

Als Treffpunkt der filmschaffenden Künstler und ihrer Freunde ist loeben im Haus der Scala, Lutherstraße 22/24, unter Mithilfe des Vorstandes der Dachs ein Restaurant „Happy End“ eröffnet worden, das von der lebenswürdigen Bienerin Frau Toni Ott geleitet wird. Frau Ott legt Wert darauf, nicht nur eine gute, sondern auch eine wohlfeile Wiener Küche zu bieten. Am Eröffnungsabend sah man Frh. Körtner, Max Ballenberg, Max Adalbert. Auch die nachbarliche Scala entfaltete einige Künstler. Das neue Lokal war schon am ersten Abend eingeführt.

Qualitätsunterschiede. Beim Einkauf von Eßwaren und Gebrauchsgegenständen ist meistens die Qualität entscheidend für die Wahl oder sollte es wenigstens sein. Man weiß doch, daß Ware guter Qualität, obgleich im Preise höher, letzten Endes vorteilhafter ist als solche minderer Qualität. Des-

halb auch die Bevorzugung von Markenwaren, bei denen der Kauf einer Firma für die Güte einsteht. Bei einem heute so wichtigen Bedarfsgegenstand, wie es die Glühlampe, unsere unentbehrliche Lichtspenderin ist, sollte man ganz besonderen Wert auf hohe Qualität legen und deshalb Osram-Lampen kaufen. Der Markenname „Osram“ verbürgt höchst erreichbare Lampenqualität, dank der auf wissenschaftlicher Grundlage fundierten sorgfältigen Herstellung und gewissenhaften Prüfung. Je besser die Glühlampe, desto wirtschaftlicher die Beleuchtung. Die Verwendung von Osram-Lampen bedeutet demnach gutes und billiges Licht. D—

An den

Verlag „Vorwärts“

BERLIN SW 68, LINDENSTR. 3

Ich abonniere den „Vorwärts“ zweimal täglich frei ins Haus mit der illustrierten Sonntagsbeilage in Tiefdruck

„Volk und Zeit“

zum Preise von 75 Pf. pro Woche.

Name:

Wohnung:

BEITRITTSERKLÄRUNG

An den

Bezirksverband Berliner SPD

(Sozialdemokratische Partei Deutschlands)

SEKRETARIAT: BERLIN SW 68, LINDENSTR. 3

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands • Bezirk Berlin

An Beiträgen entrichte ich:

Eintrittsgeld..... 50 Pf.

Wochenbeiträge männl. à 20 Pf. weibl. à 10 Pf. ..

Summa..... Pf.

....., den..... 1932

Vor- und Zuname:

geboren am..... zu.....

Staatsangehörigkeit:

Beruf:

Bei welcher Gewerkschaft?

Wohnung:

Bei der Aufnahme ist sehr erwünscht, daß außer dem Eintrittsgeld mindestens die Beiträge für einen Monat (4 Wochen) gezahlt werden. Postcheckkonto: Berlin Nr. 14167. Adolf Holz, Kassierer, Berlin SW 68.

Hierzu 2 Beilagen

RM. 400.- Bargeld und wertvolle Preise

sind für die Leserinnen des „Vorwärts“ durch die Teilnahme an dem Preisausschreiben über den Roman „Gilgi, eine von uns“ zu gewinnen.

Verlangt werden für den Wettbewerb kleine literarische Beiträge, Niederschriften und knappe Skizzen, deren Thema frei gewählt werden kann. Ein Lebensabriß, ein Bürotag, eine besonders typische oder bedeutsame Szene aus Leben und Beruf, und auch Erlebnisse außerhalb des Arbeitsbereichs sollen kurz geschildert werden. Glaubt jemand ein besonders abenteuerliches oder die Not der Zeit kennzeichnendes Lebensschicksal hinter sich zu haben — das gilt besonders für die zahlreichen Opfer der Wirtschaftskrise —, so ist auch dessen Beschreibung willkommen. Die Einsendungen müssen bis zum 1. Dezember 1932 beim Verlag „Vorwärts“, SW 68, Lindenstr. 3, eingegangen und mit dem deutlichen Kennwort „Gilgi“ versehen sein. Neue Abonnentinnen erhalten auf Verlangen kostenlos den Abdruck der Bedingungen für die Beteiligung an dem Wettbewerb.

Liste der ausgesetzten Preise:

- 1 Barpreis 350 RM.
 - 1 Modernes Original Nora-Radio-Empfangsgerät, Wert 265 RM.
 - 1 Mercedes-Kleinschreibmaschine, Wert 240 RM.
 - 1 Lindcar-Damenfahrrad, Wert 66 RM.
 - 1 Spurbuch der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. mit einer Einlage von 50 RM.
- Ferner zehn Preise im Werte von 5 bis 35 RM.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal. Hauptpreis: wochentäglich 75 Pf., monatlich 2,25 M. (davon 50 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitung, und 72 Pf. Postbefreiung. Auslandsabonnent 5,65 M. und Zusatz für ermäßigtem Grundporto 4,95 M. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt besteht kein Anspruch der Abonnenten auf Ertrag. / Anzeigepreise: Die einseitige Millimeterzeile 10 Pf., zweiseitige 15 Pf., Kleinanzeigen 5 Pf., über weitere Werte 10 Pf. Robats laut Text, Werte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeterzeile 25 Pf., Familienanzeigen Millimeterzeile 15 Pf., Anzeigenannahme im Hauptgeschäft, Lindenstr. 3, wochentäglich von 9½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor. / Verantwortlich für Politik: Rudolf Breitenbach; Wirtschaft: G. Klingenhöfer; Gewerkschaftsbewegung: A. Seeliger; Redaktion: Herbert von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor. / Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstr. 2.



Unaufhaltsam erobert sie Berlin!

Die beliebten Atlasstoff-Bilder tragen die „Lande Auslese“ — schon jetzt Berlins beliebteste 4-Pf.-Zigarette — in jedes Haus, denn wir sind überzeugt, dass die prämierte Mischung sich das Herz jedes Berliners erobern muss.

Naturfermentiert

Prachtalben mit 200 Filmstarbiographien zu beziehen durch die Fachgeschäfte.

4 Pf

Scherbenhaufen der Wirtschaftspolitik

Macht die Sozialdemokratie stark — Der Export den Junkern geopfert

1925 bis 1929, als es in Deutschland noch demokratische Verhältnisse und eine Parlamentskontrolle gab, konnte die deutsche Industrie mit Hilfe ihrer geschulten Arbeiter trotz aller Vorkorrekturen an die Spitze aller industriellen Exportländer rücken. Auch noch im ersten Abschnitt der Krise hielt sich die deutsche Ausfuhr viel besser als die Ausfuhr der großen anderen Konkurrenten auf dem Weltmarkt. Seit einem Jahre ist diese Entwicklung jäh abgebrochen: die deutsche Ausfuhr hat sich halbiert und ist auch mengenmäßig um etwa 40 Proz. zurückgegangen.

1929 wurden noch rund 4 Millionen Arbeitnehmer für die Ausfuhr beschäftigt, im vorigen Jahr waren es noch rund 3 Millionen; seitdem hat mehr als eine Million Arbeitnehmer ihr Brot durch Exportrückgang verloren.

Gewiß hat die Verbarrikadierung der Welt und der Währungsverfall mit den internationalen auch die deutschen Austauschmöglichkeiten beeinträchtigt. Aber der furchtbare Rückschlag der deutschen Ausfuhr ist durch eine geradezu selbstmörderische Abperrungspolitik Deutschlands mit verschuldet. Mit den uferlosen Zollerhöhungen für zahlreiche agrarische Produkte begann es, der ungeliebte Butterkrieg folgte, und den Schlusstein — man muß schon fast sagen: den Grabstein — setzte schließlich die Baronsregierung mit ihren Kontingentierungsankündigungen. Die Herren haben gehorcht die demagogischen Forderungen des Landbundes, d. h. der Junker befolgt und in ganz Europa eine Abwehr- und Boykottbewegung gegen deutsche Waren und gegen die deutsche Industrie ausgelöst.

Am stärksten ist der Aufruhr in

Holland, in den skandinavischen Ländern und in der Schweiz.

Diese Länder waren in den letzten Jahren die besten Kunden der deutschen Ausfuhr. Auch im Jahre 1931 nahmen diese Länder noch für fast 2½ Milliarden Mark deutsche Waren auf — das waren fast 30 Proz. der deutschen Gesamtausfuhr —, im ersten Halbjahr 1932 betrug die Gesamtausfuhr nach diesen Ländern noch nicht ½ Milliarden und ist seitdem weiter rapide zurückgegangen.

Überall in diesen Ländern sind private oder staatliche Boykottmaßnahmen im Gange. Dänemark bewilligt nur noch minimalste Belieferungen aus Deutschland. Schweden protegiert die englische Abfahrpropaganda, in Holland hat eine große Zahl landwirtschaftlicher Organisationen den Boykott proklamiert. Bezeichnend für die hoffnungslose Situation ist die Erklärung einer großen eben neu aufgebauten holländischen Volkereizentrale:

„Aus Deutschland wird keine Schraube mehr bezogen.“

Niemals hätte die Pfund- und Kronenwertung Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit so zugunsten Englands verschoben können wie es geschah. Die deutsche Abperrungspolitik zugunsten der Junker hat der englischen Konkurrenz geradezu Zutreiberdienste geleistet.

Ein bürgerlicher Nationalökonom hat jüngst gesagt: „Autarkie muß die Lebenshaltung des deutschen Volkes unvergleichlich stärker herabdrücken als die Verdreifachung der Reparationslasten.“

Die wahnsinnige Abperrungspolitik der Baronsregierung, die die Nazis nach ihren Versprechungen noch bis zur völligen Abriegelung ausbauen wollen, hat heute schon furchtbaren wirtschaftlichen und politischen Schaden angerichtet; ihre Fortsetzung müßte zur dauernden Verarmung und Verelendung des deutschen Volkes führen. Das deutsche Volk verteidigt am 6. November nicht bloß seine Freiheit gegen Barons Herrschaft und Faschismus, sondern kämpft auch um Wiedergewinnung von Arbeit und Lebensraum für die deutsche Wirtschaft, für politischen und wirtschaftlichen Frieden mit der Außenwelt.

Die Papen-Pleite

Sinkende Kreditgewährung

Auch der Reichsbankausweis vom 31. Oktober beweist die Erfolglosigkeit der Papenschen Wirtschaftsanforderung mit Steuererleichterungen. Der Monat Oktober bringt alljährlich eine Zunahme der Kreditgewährung der Reichsbank, und zwar aus reinen Saisongründen wegen der Finanzierung des Wintergeschäfts. Papens Wirtschaftsbelebungsversuche hätten, wenn sie erfolgreich wären, diese natürliche Vermehrung der Inanspruchnahme von Reichsbankkrediten noch steigern müssen. Die Bilanz der Reichsbank zeigt aber zum 31. Oktober einen neuen Rekordtiefstand der Kreditgewährung.

Die Handelswechsel stiegen um 240,2 auf nur 2857,1 Mill. M.; das sind 134 Mill. M. weniger als Ende September und über 1200 Millionen weniger als Ende Oktober vorigen Jahres. Die Bestände an Reichsbankwechseln vermehrten sich um 16,7 auf 39,5 und die Lombarddarlehen um 112,8 auf 197,8 Millionen oder 45 Millionen weniger als Ende September. Insgesamt ist die Kreditinanspruchnahme Ende Oktober

um 180 Mill. M. geringer als Ende September. Dabei ist der Geldmarkt nach wie vor flüssig; auf Girokonto ergab sich eine Vermehrung um 12,6 auf 389,5 Mill. M. trotz des Ultimos.

Der Notenumlauf ist nach einer Abnahme um 206,1 auf 3620 (Rentenbankcheine sind um 15,2 auf 407,4 Mill. erhöht) ebenfalls rekordmäßig niedrig. In der Devisenbilanz zeigt sich gegen die Vorwoche eine Vermehrung der Goldbestände um 20,5 auf 817,3 und eine Berichtigung der bedungsfähigen Devisen um 14,2 auf 123 Millionen, so daß die Bilanz zugunsten der Reichsbank ausgeglichen blieb.

Aus der Reichsbankentwicklung ergeben sich zwei Konsequenzen: einmal ist es für eine neue Diskontsenkung Zeit; zum anderen steht Papens Anfordernisse fest, und die öffentliche Arbeitsbeschaffung ist der einzige Ausweg, wenn überhaupt die Arbeitslosigkeit durch staatliche Maßnahmen verringert werden soll.

Weiterer Rückgang der Pleiten

Im Oktober hat sich die seit Monaten stark rückläufige Bewegung der Zusammenbrüche fortgesetzt. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamtes wurden im vergangenen Monat 459 neue Konkurse und 262 eröffnete Vergleichsverfahren bekanntgegeben. Im vorhergehenden

Monat umfaßten die Konkurse 480 und die Vergleichsverfahren 306 Fälle. Wie weit der Reinigungsprozeß in der Wirtschaft — von einigen großen Krisenherden kann man das leider noch nicht sagen — im allgemeinen fortgeschritten ist, beweist, daß im Oktober vergangenen Jahres die Zahl der Konkurse mit 1435 und die Zahl der eröffneten Vergleichsverfahren mit 1110 mehr als dreimal so hoch war wie im Oktober dieses Jahres.

Reichsbank und Steuergutscheine

Die an den ersten beiden Tagen der Börseneinführung erzielten Kurse für die Steuergutscheine halten sich nach der Ansicht der zuständigen Stellen in dem erwarteten Rahmen. Da es sich bei der Ausgabe dieses neuen Papiers um einen Vorgang ohne Beispiel handelt, ist ein besonderes Konfidorium zur Regulierung der Kurse gebildet worden, das aber im Interesse seiner Handlungsfreiheit nicht auf einen bestimmten Stützungsbetrag festgelegt worden ist. Die Reichsbank hat für die Steuergutscheine die Möglichkeit zur Refinanzierung in ungewöhnlichem Ausmaß vorgesehen. Im Lombardverkehr werden erleichterte Bedingungen für die Steuergutscheine vorgesehen. Insbesondere wird die Reichsbank bereit sein, Wechselmaterial, das mit Steuergutscheinen, und zwar bis zu einem

Beamte in der Volksfront

Für Freiheit und Demokratie

„Die „Allgemeine Deutsche Beamten-Zeitung“, das Organ des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, bringt in ihrer Nummer vom 3. November einen Aufruf zu den Reichstagswahlen, in dem es heißt:

Soll der „autoritäre Staat“ aufgerichtet werden? Autoritärer Staat ist weiter nichts als ein neues Wort für den alten Obrigkeitstaat. Der Beamte wird nicht mehr „Diener der Gesamtheit“, sondern Instrument einer Obrigkeit sein, die im Gegensatz zum Volke steht. Er wird keine Freiheit der politischen Gesinnung haben, keine Vereinigungsfreiheit mehr genießen, sondern nur zu gehorchen haben.

Soll Herr von Papen sein „neues Reich“ bauen dürfen?

Das „neue Reich“ wäre nichts anderes als das Ende der demokratischen Republik. Die Staatsgewalt soll nicht mehr vom Volke ausgehen, sondern im Gegensatz zum Volk von einer kleinen Herrenschicht ausgeübt werden. Das gleiche Wahlrecht soll verschwinden

und dafür der berufsständische Staat errichtet werden, in dem Arbeiter, Angestellte und Beamte politisch und wirtschaftlich entrechtet sind.

Soll der Weg für Hitlers Drittes Reich geebnet werden?

Das Dritte Reich wäre die Aufrichtung des Faschismus, in dem die Herrschaft einer Partei Staatsgrundgesetz, das Parteibeamtentum Staatspraxis wäre. An Stelle von Recht und Gerechtigkeit würden Gewalt und Willkür treten, der Beamte als Vollstrecker dieses Prinzips zum Büttel herabgewürdigt werden.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund hat in der Verteidigung der Deutschen Republik stets in vorderster Linie gestanden. So werden auch am 6. November die freigewerkschaftlichen Beamten, getreu dem Sinne ihres der Republik geleisteten Eides, geschlossen in der Front stehen, um die demokratischen Grundrechte im politischen und gesellschaftlichen Leben gegen den Ansturm der Reaktion zu verteidigen.

Tut am 6. November Eure Pflicht!

Streik der Maßschuhmacher

Abwehr von Lohnkürzung

Der Verein Berliner Maßschuhmachermeister kündigte das bestehende Lohnabkommen zum 31. Oktober mit der Forderung der Reduzierung der Löhne um 15 Proz. Zu der am 11. Oktober angelegten Verhandlung fanden es die Unternehmer nicht mal der Mühe wert, zu erscheinen. Nur die Firma Breitsprecher war als einzige vertreten. Da auch die Arbeiterschaft noch nicht Stellung nehmen konnte, fand lediglich eine unverbindliche Aussprache statt.

Am 12. Oktober fand die Branchenversammlung der Maßschuhmacher statt und beschloß einstimmig, jeden Lohnabbau zurückzuweisen. Dieser Beschluß wurde dem Arbeitgeberverband mit Schreiben vom 13. Oktober mitgeteilt. Bis heute ist eine Antwort nicht eingelaufen. Statt dessen haben die Unternehmer in den letzten Oktobertagen (solange haben sie gebraucht, um sich von ihrem Schrecken zu erholen) den Schlichtungsausschuß angerufen, der die Tarifparteien zum 5. November zu Verhandlungen geladen hat.

Inzwischen haben aber die Maßschuhmacher die notwendigen Konsequenzen gezogen und mit überwältigender Mehrheit den Streik beschlossen und sind am 1. November geschlossen in den Streik getreten. Die Maßschuhmacher sind fest entschlossen, den Streik mit aller Schärfe durchzuführen.

Für Liste 2

Die organisierten Gehörlosen

In einer stark besuchten Versammlung der freigewerkschaftlich organisierten Gehörlosen wurde zu dem Thema „Wer vertritt die Interessen der Gehörlosen?“ Stellung genommen. Der Referent, Genosse Wendi, schilderte, wie unter der Regierung Müller die sozialen Leistungen sowie auch die Löhne gesteigert wurden. Nach dem Sturz dieser Regierung ging es ständig abwärts. Die Löhne sowie auch die sozialen

Leistungen (Arbeitslosenunterstützung) wurden zum größten Teil durch Notverordnungen erheblich gesenkt. Aus all diesen Gründen sei es notwendig, die freien Gewerkschaften sowie die Sozialdemokratische Partei zu stärken und am Wahltag die Liste 2 zu wählen.

Die Ausführungen des Referenten fanden großen Beifall. Mit begeisterten Freizeitorufen wurde die Versammlung geschlossen.

6½ Jahre Rußland

Vortrag eines Kundigen

„Ist Rußland ein Arbeiterparadies?“, diese Frage behandelte in einer gut besuchten Gruppenversammlung der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Berliner Wurstfabriken am Dienstag in den Residenzfestsälen ein Berufskollege, der kürzlich nach 6½-jähriger Tätigkeit als Betriebsleiter einer Wurst- und Fleischwarenfabrik in Kojtow in Südrußland zurückgekehrt ist. Der Referent, der als begeisterter Kommunist nach Rußland gegangen war, beschränkte sich in der Hauptsache auf eine Schilderung seiner persönlichen Ergebnisse sowie der Arbeitsverhältnisse in den ihm bekannten russischen Wurst- und Fleischwarenfabriken.

100 bis 150 Rubel ist der Durchschnittslohn eines russischen Facharbeiters im Monat, 65 Rubel der des Hilfsarbeiters. Von diesen Monatslöhnen gehen noch die Verbands- und Parteibeiträge sowie die Abzüge für die Staatsanleihe usw. ab. Wenn 1 Kilogramm Wurst 25 Rubel kostet, 1 Kilogramm Butter 12 Rubel und 10 Eier 7 Rubel, kann man sich ungefähr vorstellen, wie elend der russische Arbeiter lebt. Die russische Arbeiterschaft hungert buchstäblich, ebenso auch die russische Jugend, die in den so viel gepriesenen Kinderheimen untergebracht ist. So erklärte dieser Mann, der die Verhältnisse in vielen russischen Orten kennengelernt und die Fleischverteilung

Reinwertbeiträge von 25 Proz. gebet ist, auch dann hereinzunehmen, wenn das Material den sonstigen Anforderungen der Reichsbank nicht entspricht. Da die Ausgabe von Steuergutscheinen erst seit kurzer Zeit läuft, dürfte der bisher ausgegebene Betrag 30 Millionen noch nicht überschreiten. Die Reichsbank erwartet, daß von den Steuergutscheinen als Kreditinstrument in wachsendem Umfange Gebrauch gemacht wird.

Gegenden Kartellwucher

Stabile Papierpreise sind notwendig

Der Verbandstag der papierverarbeitenden Industrie hat in einer erfreulich scharfen Weise gegen die Tendenzen der Rohpapierkartelle, die Preise heraufzuschrauben, Stellung genommen. In einer Entschließung heißt es, daß die papierverarbeitende Industrie sich darüber einig ist, daß gegenwärtig eine Stabilisierung der Preise allgemein notwendig sei und insbesondere die rückwärts, durch die Konjunktur keineswegs begründete Steigerung der Rohpapierpreise unberechtigt ist.

Derartige Maßnahmen würden verheerende Wirkung für die verarbeitende Industrie haben, die bei ihrer Inlandslandschaft unter keinen Umständen höhere Preise durchsetzen und noch viel weniger exportieren kann. Ferner wurde das Kartellumping scharf kritisiert, wodurch deutsches Rohpapier im Ausland erheblich billiger angeboten wird als in Deutschland.

für die Kinderheime und Krankenanstalten zu befürchten. Er hat selbst erlebt, wie die sogenannten Arbeiterdelegationen nur in gut vorbereitete Betriebe geführt und die Vertreter zu den Sowjets entsprechend den Wünschen der Parteizellen „gewählt“ wurden.

In der Diskussion hatte nur ein einziger der anwesenden Kommunisten den Mut, gegen den Vortragenden aufzutreten und dessen Schilderungen als „Schauermärchen“ hinzustellen. Man blieb diesem jungen Manne die Antwort nicht schuldig. Jedenfalls dürfte dieser von jeder Gehässigkeit freie Vortrag manchen kommunistischen Versammlungsteilnehmer zum Nachdenken über das angeblich russische Vorbild veranlassen haben.

Schwerer Konflikt

In der Gasbetriebsgesellschaft

Die Direktion der Gasbetriebsgesellschaft, der früheren englischen Gasanstalt in der Gifflinger Straße, hat einen ersten Konflikt mit ihrer ungefähr 1600 Köpfe zählenden Belegschaft heraufbeschworen. In diesem Betriebe wird heute und morgen eine Arbeitsumverteilung über ein Angebot der Direktion durchgeführt, das ganz erhebliche Verschlechterungen der bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen enthält.

Obwohl die Arbeitszeit bereits verkürzt ist und auch die Löhne schon mehrmals abgebaut worden sind, wird von der Direktion abermals eine Arbeitszeitverkürzung um 2 Stunden pro Woche — natürlich ohne Lohnausgleich —, sowie eine neue Herabsetzung der Löhne verlangt, die zusammen mit der beantragten Arbeitszeitverkürzung eine Verdienstminderung um 7 bis 8 Proz. ausmacht. Diese Zumutungen haben bei der Belegschaft eine ungeheure Erregung hervorgerufen, die um so mehr berechtigt ist, als bis vor kurzem noch Arbeiterkunden verlangt und Arbeiten noch heute an Privatfirmen vergeben werden. Nach den Forderungen der Direktion sind die Löhne der Arbeiter der Gasbetriebsgesellschaft innerhalb eines Jahres um 30 Proz. abgebaut.

Die Direktion der Gasbetriebsgesellschaft hat auch die Absicht, ihre Gasmesserfabrik in Marienfelde stillzulegen oder den Betrieb stark einzuschränken. Die in dieser Fabrik bisher verrichteten Arbeiten sollen von einer Dessauer Fabrik ausgeführt werden. Von einem Unternehmen, das eine solche Monopolstellung hat wie die Gasbetriebsgesellschaft, dürfte man erwarten können, daß sie auf die elementarsten kommunalpolitischen Interessen, insbesondere hinsichtlich der Versorgung von Arbeiterkäufern, nicht und gleichfalls auch auf die Kollage ihrer Arbeiterschaft.

Arbeitsbeschaffung?

Für den Ausbau der Oder unterhalb Breslau sind etwa 1 Million Mark bewilligt jedoch gibt das Reichsfinanzministerium nur 900 000 M. frei, behält 100 000 M. zurück. Die Folge ist, daß die bei diesen Bauten beschäftigten Arbeiter entlassen werden.

Durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm werden Arbeiten an Unternehmen vergeben, um Arbeitslose einzustellen. Auf der anderen Seite sorgt das Finanzministerium dafür, daß Arbeiter der Wasserbauverwaltung entlassen werden. Das ist Sabotage des Arbeitsbeschaffungsprogramms.

SCHICKSAL MASCHINE

8) ROMAN VON STEFAN POLLATSCHEK

Copyright Saturn-Verlag

„Nein, nein“, wiederholte nur immer wieder Weltlin. „Es geht nicht, Crusius, es kann nicht sein, ich kann nicht von dem Ranne, der der Freund meiner Frau ist...“

„Wilhelm“, unterbach der Gast, „weder du noch ich dürfen vergessen, wer wir sind! Kann in diesem Augenblick eine Frau zwischen uns stehen? ... Ich bin morgen bei dir.“

Wie im Traum begleitete Weltlin seinen Freund zur Haustüre, wie ein Träumender schritt er wieder die Treppen hinan, wie ein Träumender erreichte er wieder sein Zimmer.

Mit gewohnten Handgriffen entkleidete er sich, todmüde sank er auf sein Lager. Schon liegend, im Halbschlaf bemerkte er, daß er vergessen hatte den Schalter abzudrehen, das Licht brannte. Er wollte sich erheben, fand aber nicht mehr die Kraft hierzu. Schon im Hinübersinken ins Dunkle schien es ihm, als ob jemand mit leisen Schritten das Zimmer beträte und das Licht verlösche. Es war Erna.

7. Unter den Entlassenen der Weltlinschen Fabrik befand sich auch der Arbeiter Wenzel Starke. Als sein Name zum erstenmal auf der Liste der abzubauenen Arbeiter erschien, sagte Weltlin, während er gleichzeitig telephonierte, diktierte, verhandelte, unterschrieb: „Nein, Starke können wir nicht entlassen. Er ist ein braver Arbeiter, wir haben ihn jetzt schon vierzehn Jahre bei uns.“

„Er ist gänzlich überflüssig geworden, wir brauchen keine Gießer mehr“, sagte der Ingenieur Hanau und wollte recht behalten.

„Dann teilen Sie ihn anderwärts ein, aber geben Sie mir diesen Menschen nicht weg.“ Einige Wochen später erschien der Name des Arbeiters Starke wieder auf der Liste der entbehrlichen Kräfte. Im Durchschießen der Aufstellung stieß Weltlin wieder auf den Namen und er meinte:

„Hanau, was hat Ihnen der Mann getan? Lassen Sie ihn mir doch in Ruhe.“

„Keiner hat mir was getan“, sagte der Ingenieur, „aber bei den Wenigen, die uns bleiben, müssen wir auf Qualität sehen. Für die Unqualifizierten ist überhaupt kein Platz mehr.“

„Der Mann ist doch Gießer.“

„Wir brauchen keine Gießer.“

„Herrgott, Hanau, sind Sie hart! Der Mann ist doch vierzehn Jahre bei mir!“

„Ja, dann nehmen Sie ihn in Ihre Privatdienste, Herr Weltlin. Wenn Sie es anordnen, behalte ich ihn und alle. Aber in Kürze werden wir noch länger dienende Arbeiter weggeben müssen. Wir brauchen zu den Wundermaschinen von Crusius nur wenige, aber die von der besten und sorgsamsten Auslese!“

„Und was soll mit all den anderen geschehen, mit den Nichtqualifizierten?“

„Ich fürchte, für die wird bald überhaupt kein Platz mehr sein, nicht bei uns und auch nicht anderswo!“

So blieb der Arbeiter Starke noch eine Zeitlang. Aber als nach einigen Wochen Weltlin verreisen mußte, Ingenieur Hanau und der Prokurist Beckner die Vollmachtsträger waren, ereilte auch Starke sein Schicksal, er wurde gekündigt. Weltlin war in Berlin, er konnte die Liste nicht durchsehen, kein Schutengel waltete über dem Mann und vierzehn Tage später verließ der Arbeiter Wenzel Starke die Räume, in denen er vierzehn Jahre hindurch Tag für Tag hinter der Maschine gestanden hatte.

An einem Samstag Mittag machte er sich also auf den Heimweg. Er hatte seiner Frau nichts gesagt, er wollte sie nicht beunruhigen. Ausgehend wartete er noch auf ein Wunder, er war doch vierzehn Jahre im Betrieb. Aber das Wunder kam nicht. Zu Hause, in der Küche, saßen die Frau, der älteste Sohn, der schon seit Monaten abgebaut und ohne Arbeit war, die Tochter, die keine Beschäftigung fand und der jüngste Sohn, der noch zur Schule ging. Wortlos überreichte der Arbeiter Starke seiner Frau das Lohnkouvert wie stets. Die nahm die größeren Geldscheine wahr und sah fragend zu ihrem Manne auf.

„Abgebaut“, sagte der und setzte sich an den Tisch.

„Rein Gott, was wird nun werden?! Du auch?! Was werden wir machen?“

„Noch einer mehr zum Stempelamt“, rief höhnisch der ältere Sohn.

„Ich muß mich halt um neue Arbeit umsehen“, sagte still der Arbeiter Starke.

„Da kannst du lange suchen, Vater“, lachte der Sohn laut auf.

„Ich glaube der Vater träumt“, rief die Tochter. „Wo willst du denn Arbeit finden? Da schau' her! Heut' steht in der Zeitung, daß die Zahl der Arbeitslosen wieder gestiegen ist.“

Was gibt es Neues?

Ein Blick in die Forschung

Sicher leben wir in einer wenig stabilen Zeit. Aber wie kann man sich darüber wundern, da der Planet, auf dem augenblicklich alles dazwischen geht, sich selbst höchst instabil benimmt. Was wir auf der Erde von den eburnen Gesteinen oder den gleichmäßigen Bahnen der Gestirne lernen, stimmt gar nicht. Und ohne die guten Seiten der Mutter Erde anzuzweifeln, sie verhält sich ganz wie eine launische Dame. Nicht genug, daß sie über Nacht Vulkanen explodieren läßt, ganze Landschaften durch Erderstöße zerstört, sie scheint auch in ihren Bewegungen wenig korrekt. Beide, die um sich selbst und die um die Sonne, verlaufen nicht gleichmäßig, wie es sich gehört, sondern in Schüben und Rufen.

Aus dieser noch wenig erforschten Tatsache zieht Dr. Fritz Dahms in seiner Schrift: „Die kosmische Ursache der Lebensentwicklung“ (Domb Verlag) bemerkenswerte Schlüsse. Obwohl die Differenzen in der Erdbewegung äußerst minimale sind, genügen sie, die Gestalt der Erde, ihre geologische Schichtung, wie auch die Formenbildung und den Ablauf des Lebens entscheidend zu beeinflussen. Ein Beweis dafür ist unter anderem der spiralförmige Aufbau der Pflanzen, mit dem sich bereits Goethe beschäftigt hat. Die Pflanze richtet ihre Spitze gegen den Mittelpunkt der Erde, aber die Erdbewegung überträgt sich auf die schraubenförmig wachsende Wurzel. Ferner werden die Schwankungen der Körpertemperatur, der Pulschläge, der Verhältnisse mit den Unregelmäßigkeiten der Erdbewegung in Verbindung gebracht. Vor allem aber hinterläßt die wechselnde Rotationsgeschwindigkeit des Erdballs ihr geologisches Andenken. Dr. Dahms entnimmt der Schichtung der Erdkruste, daß die Unregelmäßigkeiten der Erdbewegung zugunsten haben und daß dreimal in kurzer werdenden Abständen eine plötzliche größere Veränderung der Erdbewegung stattfand. Hier warten noch Berge von Problemen auf ihre Lösung. Als gesicherter Tatbestand gilt aber: jede kosmische Veränderung bildet eine Störungsquelle irdischer Vorgänge! Was aber, es kann nicht laut genug gesagt werden, nichts mit Astrologie zu tun hat!

In dieses Kapitel gehört auch die jetzt so aktuelle Kontinentalverschiebung. Das Gesicht des Erdballs verändert sich mit der Langsamkeit der geologischen Uhr zwar ständig, aber nicht gleichmäßig. Amerika soll in den letzten zehn Jahren um nicht weniger als 500 Meter westwärts gewandert sein und die Amerikaner könnten sich ausrechnen, wann die Kanonen Japans bis nach San Francisco reichen werden. Aber die Sorge ist überflüssig. Denn auch hier sind unbekanntes Mächte am Werk, die jeden gleichmäßigen Verlauf immer wieder stören und die Festländer wie Schachfiguren hin- und herschieben. Eine Berechnung, wie in einer Million Jahre der Erdball aussehend wird, ist genau so unmöglich wie die Angabe, welche Nummer das große Los ziehen wird.

Nach einer neuen Theorie von Prof. Holmes (Durham Universität) schwimmen die Kontinente wie Schaumblöcke auf der Oberfläche einer kochenden Suppe. Alle Veränderungen der Erdrinde entstehen durch einen Stromumlauf: das Kochende steigt nach oben und das Abgekühlte senkt sich, allerdings nicht in Stunden, sondern in Jahrtausenden. Die 50 Kilometer dicke Basaltschicht, die auch den Boden aller Ozeane bildet, ist der zähflüssige Mantel über dem kochenden Kessel. Es gibt also nichts, was festgemauert in der Erde, alles bewegt sich, alles dreht sich — wie in einem Suppentopf.

„Jeden Tag steigt sie“, sagte triumphierend der Sohn. „Man wird diesen Kapitalisten allen die Schädel einschlagen müssen!“

„Damit werden wir auch keine Arbeit finden“, meinte ruhig der Alte.

„Natürlich kriegen wir dann Arbeit“, sagte der Junge. „Laß nur einmal zwei Dupend dieser Gauner an die Laterne aufknüpfen und du wirst sehen, wie auf einmal für uns alle reichlich Arbeit da sein wird.“

„Ihr seid alle Narren!“, versetzte der Vater. „Werdet schon sehen, wohin solche Reden führen. Ins Zuchthaus! Ich bin dreißig Jahre in der Organisation, die muß schon Arbeit für mich finden.“

Die Kinder lachten auf, aber Starke sah nur die weinende, sich sorgende Frau.

„Ach was, für den, der arbeiten will, findet sich immer ein Platz!“

Und wieder lachten die Kinder, sie stießen sich an und verließen den Raum.

Beim Küchenherd saß die weinende Frau, beim Tisch der Mann. Müdig sah er da, die Hände im Schoß. Er blickte zur Decke, der

Arbeiter Wenzel Starke. Dort saß, obgleich es mitten im Winter war, eine Fliege. Sie war übernatürlich groß, unmäßig dick, aufgebläht und sehr schmutzig.

Der Mensch ist ein Gefäß.

1.

In seinem Privatkontor saß Wilhelm Weltlin und diktierte seiner Sekretärin; das Telefon stand nicht still, Boten brachten neue Stöße eingelaufener Post, jeden Augenblick betreten Angestellte mit Meldungen den Raum. Weltlins Freude an dem Chaos war augenscheinlich, er unterbrach eine telephonisches Gespräch, um einen angefangenen Brief weiter zu diktieren, er unterbrach den Brief, um zu den Zeichnern zu treten und mit ihnen zu sprechen, er unterbrach das Gespräch, um seinen Prokuristen zu rufen, er ließ den Prokuristen stehen, um nach dem Ingenieur zu läuten, und als dieser erschien, ließ er alle zurück und ging mit ihm in die Fabrikräumlichkeiten. (Fortsetzung folgt.)

So bleibt Altern und Tod das Problem der Probleme. Warum altern Organismen eigentlich, fragte kürzlich Dr. Hämmerling (Kaiser-Wilhelm-Institut) in einem Aufsatz. Jeder weiß, daß sich bestimmte Zellarten unendlich lange weiter züchten lassen. So werden Zellen aus dem Herzen eines Huhnes bereits 22 Jahre lang am Leben gehalten — ohne die geringste Alterserscheinung. Den Einzeller *Cudrina* züchtet man seit 1915 in der 700sten Generation — ohne jede Leiche. Die Biologie sagt daher: Altern und Tod sind für die Einzeller keine notwendigen Einrichtungen. Sie kennen nicht den natürlichen Tod, sondern gehen durch ungünstige Lebensbedingungen zugrunde.

Der Mensch kennt leider beides. Er besitzt zwar auch unsterbliche Zellen, die Keimzellen, aber sein Organismus altert und stirbt. Dr. Hämmerling ist der Auffassung, daß in dem hochdifferenzierten Gebilde eines Vielzellers die Einzelzelle nicht unter den notwendigen günstigen Bedingungen steht. Im Gegenteil: die schädlichen Endprodukte des Stoffwechsels werden ungenügend nach außen transportiert. Dadurch bilden sich Schlacken, die schädigend wirken und endlich den ganzen Organismus in Mitleidenschaft ziehen. Der Stoffwechsel, Atem und Nahrung, die unseren Körper aufbauen, vernichten ihn gleichzeitig! Eine tragische Situation, und mancher bedauert vielleicht, daß er nicht als Einzeller auf die Welt kam.
Gog.

Armer Bibi!

Zeitgemäße Betrachtung / Von Erna Büßing

Bibi lebt nur seinen Reigungen, das heißt, er frißt andauernd. Bibi ist der dicke Hund eines dicken Ehepaars, das andauernd klagt, dabei aber in auskömmlichen Verhältnissen lebt. Gemeinsam sind sie drei Fettklumpen in merkwürdiger, hungrieriger Zeit.

Ich beschäftige mich recht eingehend und liebevoll mit Bibi. Er gehört nämlich zu den hohen Unbegreiflichkeiten in meinem Leben. Oft denke ich: Bibi, mancher Wurzelpfel, den du über deinen Appetit frißt, würde einem hungrigen Kinde bekömmlicher sein als die. Sonderbar, deine Bauschwände sind die allerhöchsten Speckseiten, dein Rückenstift ist in seiner Wirkung auf die hungrige Menschenseele nahezu aufreizend, und doch bist du im Sonnenglanze der Vollgefressenheit, die dir selber höchst unbequem ist, eine Schattenseite unserer sozialen Zustände.

Bibi sitzt Tag für Tag auf der mit Sägemehl bestreuten, leicht schlüpfrigen Schwelle eines Schlächterladens. Er wird dort geduldet, denn seine Besitzer sind Stammkunden, und zwar die besten. Da aber, laut Blafat, das Mitbringen von Hunden polizeilich verboten ist, treiben sich Bibis Artgenossen vor der Tür herum. Schmüßelnaßig, hungerichnüssig, beinhebend. Für tausend dergleichen Dinge haben sie Interesse. Durchwählen den Unrat, weil ihre Vorfahren vor Hunderten von Jahren, wenn sie auf weiten Steppen ihre Beute erbeizt hatten, Vorrat verscharrten für lange Tage. Einigen von ihnen brennt der Hunger in den Gedärmen. Lust zur Selbsterhaltung verspüren sie, doch auch den Trieb zur Freundschaft und zum Zusammenhalt mit anderen Hunden und ein klein wenig Sehnsucht nach Freiheit rinnt noch durch ihr Blut. Bibi handelt mit niemanden an, aus Satteln heraus. Er ist so vollgefressen und gehirnt, daß er der Welt auch nicht einen neuen Gesichtspunkt abgeminnen kann. Er weiß weder etwas vom Daseinskampf, noch von

Freiheitsgedanken, auch hat er nicht das geringste Gefühl für Feinesgleiches. Er ist ein Braffer, ein mitgeschleppter Kostgänger. Und ich sehe mir Bibi an und seufze tief und sage: „Wie hat unser Zeitalter auf dich abgefärbt, armer Bibi, du bist schon ganz kapitalistisch geworden.“

Doch die folgerichtige Entwicklung des Kapitalismus und die höchste Blüte der Verkommenheit ist der Jähmensch. Bislang dachte ich immer Bibi vor dessen Eigenschaften bewahrt. Aber heute morgen kam die Enttäuschung. Bibis Kochbar ist ein darrer Schäferhund. Der gehört einem kleinen Friseur, der jeden Morgen mit Lippenpomade seiner Schaufensterpuppe die Wangen rot färbt. Sein Geschäft geht schlecht und die so liebevoll behandelte wächserne Dame ist die einzige, der er etwas anheimern kann. Der bewußte Schäferhund trägt seine Rute stets eingeklemmt und seine Augen sind immer demütig, wie man das bei vielerprügelten Hunden findet. Wenn er auf die Straße tritt, so scheint er vorerst um Entschuldigung für seine Existenz zu bitten. Er ist wirklich bescheiden. Doch heute durchbebt die Sehnsucht seinen Körper, und die Ohr jünger gelb in seinen Augen auf. Vor dem Schlächterladen hatte er nämlich einen fleischlosen Röhrenknochen entdeckt und nun wußte er, was Hunger war. Das sah Bibi. Ich dachte, er wird ihm den Knochen lassen. Aber Bibi, der infolge seines Fettanlasses jedem Kampf aus dem Wege geht, stritt auch diesmal nicht, doch setzte er sich kurzerhand auf den Knochen. Und der so oft weggestoßene Schäferhund ließ Ohren und Maulwinkel hängen. Knurrte noch nicht einmal und schlich davon.

Ich jedoch weiß jetzt, Bibi, deine nicht so zeitgemäßen Artgenossen lassen abgenagte Röhrenknochen neidlos anderen, armer Bibi, du aber bist fleischerne Jetztzeit; denn du bist schon ganz ichhündlich geworden.

Werkfätige! Hörf den Ruf der freien Gewerkschaften!



Wer heute noch in Arbeit steht, übe SOLIDARITÄT, reiche helfend seine Hand — werde Mitglied im

GESAMTVERBAND

der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Wir gewähren Streik-, Gemaßregelten-, Erwerbslosen-, Reise-, Umzugs-, Notfall-, Invaliden- und Todesfall-Unterstützung, Rechtsschutz, Haftpflicht, Fach- und Berufsausbildungskurse.

Wir zahlten 1931 über 12 Millionen Mark an Gesamtunterstützungen

Bezirks- und Ortsverwaltung Berlin
N 24, Johannisstraße 14-15 · Sammelruf: D1 Norden 6361

TECHNISCHE ANGESTELLTE UND BEAMTE!

Architekten, Bauführer, Chemiker, Ingenieure, Techniker, Kunstgewerber

finden ihre Interessenvertretung, Rat und Hilfe durch Rechtsschutz und Unterstützungen, Berufskrankenkasse usw. in der freien Gewerkschaft aller Techniker, dem

Bund der technischen Angestellten und Beamten
Haupt- und Ortsverwaltung Berlin NW40, Werftstraße 7



BANK UND SPARKASSE ALLER ARBEITNEHMER

IST DIE

**BANK
DER ARBEITER,
ANGESTELLTEN
UND BEAMTEN, A
BERLIN**

Zentrale: S 14,
Märkisches Ufer 32
Wallstraße 62, 63
Depositenkasse:
SW 68, Lindenstraße 3



Im Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands

sind 200 000 Eisenbahner, Arbeiter und Beamte, zusammengeschlossen, weil sie wissen, daß nur diese Organisation ihre Interessen wirksam vertreten kann.

Der *Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands* führt zur Zeit einen erbitterten

Kampf um die Erhaltung des Arbeitsplatzes

eines jeden Eisenbahners und um die sozialen Einrichtungen. Darum, Eisenbahnarbeiter u. -beamte, hinein in die

Einheitsorganisation der Eisenbahner